

# Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ  
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse  
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands  
(Stz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von  
D. Allmann,  
Hamburg, Gr. Neumarkt 28 I.

Erscheint jede Woche Sonnabends.

Postzeitungsliste Nr. 1787 a.

Offizielles Organ des Verbandes  
der  
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands  
(Stz: Hamburg).

Bereits-Anzeigen für die dreispaltige Pettizelle oder deren Raum 20 A, Geschäfts-Anzeigen 30 A, doch ist bei Einblendung von Letzteren der Betrag beizufügen  
Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.  
Bereitsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 1 Mk. — Für Einzel-Abonnements pro Quartal 2.— Mk.

Hierzu eine Beilage!

## Lohnbewegung.

Daltet den Zug nach Prag fern, dort ist ein Streik ausgebrochen, worüber der „Vorwärts“ schreibt: „Der Streik der Prager Bäcker-Gesellen ist nun wirklich zum Ausbruch gekommen. Es sind daran 1150 Mann beteiligt. Die Hauptforderung ist, wie schon mitgeteilt, die Einführung des Sechstundentages, sodann verlangen sie, daß die Arbeitszeit zwischen 5 Uhr morgens und 8 Uhr abends zu liegen hat. Die Bäckereiarbeiter der Vorstädte haben sich der Bewegung angeschlossen. Ein Theil der Unternehmer hat bereits bewilligt.“

## Ist der Arbeitgeber allein Herr im Hause?

Während auf dem Gebiete des politischen Lebens der Schwerpunkt immer mehr in die Volksmasse gelegt wird, insofern das Volk von Jahr zu Jahr mehr Antheil nimmt an der Lenkung und Leitung seiner Geschäfte, herrscht auf dem Gebiete des Arbeitsprozesses noch das autokratische Regiment. Der Unternehmer nimmt für sich das Recht in Anspruch, allein und ohne daß seine Arbeiter ihm dazwischen reden, die Arbeit anzuordnen, zu überwachen und zu leiten, er will als unumschränkter Herrscher nach Belieben schalten und walten können. Gerade wie der Kaiser von Rußland als Autokrat über seine Unterthanen, so will der moderne Kapitalist als Alleinherrscher über seine Arbeiter hier verfügen. Er ist „Herr im Hause“, er befiehlt und die Arbeiter gehorchen; er duldet keine Widerworte, er verlangt strenge Disziplin; wehe dem, der sich nicht fügt — er fliegt hinaus aufs Straßenpflaster.

Aber ebenso wie im öffentlichen Leben das Bestreben dahin geht, die Vorrechte der herrschenden Klasse zu beseitigen und den Einfluß des Volkes zu stärken, so versucht die Arbeiterschaft mit Hilfe einer starken Gewerkschaftsorganisation das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gründlich umzugestalten. Vor allen Dingen nimmt der moderne Arbeiter für sich das Recht in Anspruch, auf die Methode, wie seine Arbeitskraft ausgebeutet wird, einen mitbestimmenden Einfluß zu gewinnen. Nicht nur, daß er auf den Preis seiner Arbeitskraft einzuwirken sucht, er bestrebt sich auch, die Dauer der Arbeitszeit und den Grad der Intensität möglichst zu seinem Gunsten zu beeinflussen, wobei er das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit aus der Theorie in die Praxis überführen will.

Das Verhältnis zwischen Kapitalist und Arbeiter beruht ja nach liberal-manchesterlicher Auffassung auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung beider Faktoren; es handelt sich um einen rein geschäftsmäßigen Vertrag. Kapitalist und Arbeiter, zwei freie von einander völlig unabhängige Personen, begegnen sich auf dem Arbeitsmarkt; der erstere besitzt Produktionsmittel: Rohmaterialien, Maschinen, Werkstätten u. s. w., die er aber nicht verwerten kann, weil ihm die lebendige Arbeitskraft fehlt, um die toten Produktionsmittel zu befruchten; der andere ist in der glücklichen Lage, diese Arbeitskraft, mit der er aber nichts anfangen kann, zu besitzen. Was ist aber natürlicher, als daß diese Beiden, die mit Nothwendigkeit auf einander angewiesen sind, einen Vertrag mit einander abschließen? Der Kapitalist giebt dem Arbeiter die Möglichkeit, seine Arbeitskraft zu verwenden, indem er sie ihm gegen einen festgesetzten Lohn abkauft und ihn dann an die Arbeit stellt; der Arbeiter verarbeitet mit Hilfe der Arbeitsmittel die Rohstoffe zu neuen Gebrauchsgegenständen und schafft hierdurch dem Kapitalisten Gelegenheit zum Profitmachen. So ist denn beiden Theilen geholfen — auf dem Prinzip der Freiheit und Gleichheit ist ein ideales Verhältnis zwischen dem Käufer und Verkäufer der Waare Arbeitskraft geschaffen.

So lehren uns die kapitalistischen Goldschreiber, die die Schönheit und Gerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung bis in den Himmel erheben. Leider gewinnt dieses Verhältniß, das theoretisch auf der vollständigen Gleichberechtigung beider Faktoren beruht, in der Praxis, wie Jedermann weiß, ein ganz anderes Aussehen. Der Kapitalist pocht auf seine wirtschaftliche Uebermacht und spielt sich als Herr auf, während er den Arbeiter zur Rolle eines Lohnsklaven herabdrückt. Seine Beweggründe hierfür sind ganz einfacher Natur; er habe die Arbeitskraft des betreffenden Arbeiters gekauft, so sagt er, und benutze sie nun, wie es ihm gut dünke. Er beruft sich hierbei auf das Recht eines jeden Käufers einer beliebigen Waare, der ja auch mit der von ihm gekauften Waare, seinem Eigenthum, nach Belieben schalten und walten könne; er sucht infolgedessen aus der von ihm gekauften Arbeitskraft so viel herauszuschlagen wie nur möglich, und bestreitet dem Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft das Recht, sich hierum zu kümmern. Insbesondere weist er jede Einmischung des Letzteren in die Art und Weise des Arbeitsprozesses ganz energisch zurück — er will „Herr in seinem Hause“ bleiben.

Dem gegenüber betont die denkende Arbeiterschaft ihr Mitbestimmungsrecht und will sich nicht mehr als willenslosen Sklaven behandeln lassen; der Arbeiter, der so lange der Willkür des Kapitalisten auf Gnade und Ungnade überliefert war, beginnt sich zu regen; es erwacht in ihm das Gefühl seiner Persönlichkeit, das Selbstbewußtsein wird gestärkt, er will das Sklavenjoch des Kapitalisten abschütteln und das Prinzip der Gleichberechtigung aus der Theorie in die Praxis umsetzen. Auf die Dauer ist das heutige Verhältniß unhaltbar und wie auf politischem Gebiete die Grundsätze der Demokratie allmählich zum Durchbruch kommen, so wird das Unternehmertum je länger desto mehr genöthigt sein, den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen auf dem Gebiete der Produktion; es wird allmählich, falls die Arbeiter energisch darauf dringen, an Stelle des autokratischen Regiments ein parlamentarisch-konstitutionelles Regierungssystem treten müssen. Das Paschawesen, wie es heutzutage in den Fabriken und auf den Arbeitsplätzen herrscht, muß einem System der Gleichberechtigung Platz machen.

Es ist ganz erklärlich und liegt in der Natur der Sache begründet, daß die Herren Arbeitgeber sich mit Händen und Füßen gegen eine Demokratisierung des Arbeitsprozesses sträuben und ihre Alleinherrschaft nicht aufgeben wollen. Kein Mensch verzichtet freiwillig auf die Macht, die er im Besitz hat, er muß erst dazu gezwungen werden, und so wird es natürlich noch harte Kämpfe kosten, bevor das Unternehmertum „seine Arbeiter“ als gleichberechtigte Faktoren anzuerkennen gezwungen ist.

Da der Glaube an das Recht des Arbeitgebers, allein und widerspruchlos die Produktion zu leiten, noch weitverbreitet ist und selbst in den Köpfen zahlreicher Arbeiter spukt, so ist es zunächst nothwendig, die „Gründe“ des Kapitalisten einmal kritisch zu beleuchten.

Der Kapitalist hat allerdings Recht, wenn er behauptet, er habe die Arbeitskraft des betreffenden Arbeiters gekauft und sich dadurch zu eigen gemacht. Ein Irrthum ist es aber, wenn er hieraus folgert, daß er mit dieser Arbeitskraft nun nach Belieben, wie mit jeder anderen von ihm gekauften Waare, schalten und walten könne. Die Waare Arbeitskraft ist allerdings insofern eine Waare, wie jede andere, als sie zu einem bestimmten Preise gekauft und verkauft wird, sie unterscheidet sich aber dadurch von allen anderen Waaren, daß sie etwas Lebendiges mit der Person ihres Besitzers Verbundenes ist. Jede beliebige andere Waare ist von ihrem Besitzer trennbar und getrennt, sie wird ihm deshalb mit Recht zu beliebigem Gebrauche überliefert; ist ein Rohstoff

oder eine Maschine gekauft und abgeliefert, so kann der neue Eigenthümer damit machen, was er will, ohne daß der bisherige Eigenthümer sich darum zu kümmern hat. Kauft der Kapitalist aber eine Arbeitskraft, so muß er den Arbeiter nothgedrungen mit kaufen, da man ihm doch unmöglich die Arbeitskraft, vielleicht auf Flaschen gezogen, in's Haus schicken kann. Trotzdem also der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft hat, hat er sie doch nicht veräußert; er begiebt sich in die Arbeitsstätte seines „Herrn“ und verausgibt dort seine Arbeitskraft.

Und da sollte es ihm gleichgültig sein, in welcher Weise diese Verausgabung vor sich geht, ob man seine Arbeitskraft gebraucht oder mißbraucht? Und da wollte man ihm das Recht bestreiten, ein gewichtiges Wort mitzusprechen, wo es sich um den Gebrauch seines einzigen Vermögens, nämlich seiner Arbeitskraft, handelt? Soll vielleicht der Kapitalist allein bestimmen, wie lange und wie angestrengt und unter welchen Verhältnissen dem Arbeiter die Arbeitskraft aus dem Körper gepumpt werden soll? Das wäre ja ein merkwürdiges Recht, eine merkwürdige Gleichberechtigung, die den Kapitalisten zum Alleinherrscher und den Arbeiter zum willenlosen Sklaven macht. Im Gegentheil, der Arbeiter hat ein berechtigtes Interesse daran, mitzubestimmen, wie es im Arbeitsprozeß hergehen soll; es ist doch ein großer Unterschied, ob er 9 Stunden oder 14 Stunden arbeitet, ob er gezwungen wird, wie ein Verrückter darauf los zu schufeln oder aber ob er mit einem Durchschnittsgrade von Intensität seine Kräfte verausgibt, ob er in Räumen thätig ist, die jeder Gesundheitspflege spotten, ob seine Arbeit mit Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit verknüpft ist u. s. w. Wenn man dies bedenkt, so kann man keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß schon auf dem Boden der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Alleinherrschaft des Kapitals ein Urding ist.

Die Ansprüche des Kapitalisten lassen sich vom Standpunkte des Rechtes nicht begründen, da, wie bereits ausgeführt, die Waare Arbeitskraft eine Sonderstellung unter den anderen Waaren einnimmt. Aber auch sonst ließe sich seiner Forderung, Herr im Hause sein und bleiben zu wollen, manch gewichtiger Einwurf entgegenhalten. Wie, wenn z. B. ein Arbeiter seinen Arbeitgeber folgendermaßen anredete: „Du sprichst stets von Deinem Hause, von Deiner Fabrik, von Deiner Arbeitsstätte . . . Hast Du Dir denn das Haus durch Deine eigene Arbeit erbaut? Ist es nicht das Werk unserer Arbeit? . . . Unser Schweiß klebt daran, unser Mark, unsere Nerven haben wir in Deinem Dienste verbraucht; durch unserer Hände Arbeit bist Du reich geworden . . . Und nun willst Du uns zu rechtlosen Sklaven erniedrigen? Das entspricht weder der Lehre des Christenthums, das die Gleichberechtigung aller Menschen predigt, noch auch dem modernen Rechtsbewußtsein, das unabwendbar auf eine Demokratisierung der Gesellschaft hindrängt. Das Volk hat die Autokratie auf politischem Gebiete beseitigt, und nun sollst Du zugehen, daß auf wirtschaftlichem Gebiete eine neue Zwingsburg errichtet wird, schlimmer und drückender als alle früheren? Das wäre ein Verbrechen an uns selbst und unseren Kindern.“

Was könnte ein Kapitalist mit Fug und Recht darauf erwidern? Einfach gar nichts, ganz und gar nichts. Darum auch stützt sich das heutige Unternehmertum nicht mehr auf vernünftige Gründe oder Rechtsprinzipien, sondern einfach auf seine wirtschaftliche Macht, die einerseits auf seinem Geldsack und andererseits auf der Unterstützung der Staatsgewalt beruht; darum preist das kapitalistische Progenthum auf Recht und Gerechtigkeit, auf Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, auf Christenthum und Humanität; es schwingt die Hungerpeitsche und läßt sie herabsausen auf die „unbotmäßigen Lohn-

flaven; es will seine Alleinherrschaft aufrecht erhalten, mag auch die Menschenwürde des Arbeiters darüber zum Teufel gehen.

### Gewerkschaftliches.

Ueber die Entwicklung des Leipziger-Brotbäckereiverbands entnehmen wir dem Geschäftsbericht dieses Vereins für das Jahr 1898/99 das Folgende:

Die Bäckerei erreichte einen Umsatz von 1.817.644,44 Mark gegen 1.839.317,24 M. im Vorjahre. Das ist ein Mehr von 178.672,79 M. Der Reingewinn beträgt 198.040,69 M., gleich 17,60 Proz. der Herstellungskosten, gegen 160.843,74 M. und 10,87 Proz. im Vorjahre. Der Bäckerei sind genau wie im Vorjahre die wirklichen Verkaufspreise angerechnet worden. In dem Reingewinn von 17,60 Prozent sind also die Verkaufspreise für das Brot noch mit enthalten resp. von demselben abzuziehen. Die Verkaufspreise betragen zur Zeit 6 Prozent, gemessen auf die Herstellungskosten, während dieselben nicht feststehen. Berücksichtigt man diesen Umstand, dann hat die Bäckerei einen wirklichen Reingewinn von ungefähr 11 Prozent.

Die Produktionskosten der Bäckerei betragen ohne Zuthaten aber inklusive Kohlen 160.158,32 M., gleich 14,30 Prozent der Herstellungskosten.

Die Bäckerei war das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt. Die Zahl der beschäftigten Bäcker stieg im Betriebsjahre von 47 auf 55. Außerdem wurden fast das ganze Jahr hindurch noch Zuschläge beschäftigt. Da eine größere Leistungsfähigkeit infolge Mangels an Platz und an Oefen nicht mehr möglich ist, mußten wir in den letzten Monaten des Berichtsjahres für über 20.000 M. Brot auswärtig backen lassen.

Tabelle über die Entwicklung der Bäckerei.

Geschäftsjahr	Roggenmehl		Weizenmehl		Gesamtumsatz	Reingewinn	Rein- gewinn in Proz.
	kg	M	kg	M			
1890/91	724.121	190.983	203.550	55.724	308.593	9.46	29,79
1891/92	1.121.531	347.111	31.730	100.142	546.021	6,70	35,00
1892/93	1.206.197	250.942	365.107	86.887	466.883	14,00	57,70
1893/94	1.320.094	234.468	393.624	85.125	460.594	15,00	62,10
1894/95	1.702.550	273.996	482.575	96.490	592.411	17,02	86,98
1895/96	2.351.726	411.291	464.300	99.079	766.821	15,81	104,86
1896/97	2.854.142	495.353	582.445	132.566	882.044	15,57	118,88
1897/98	3.264.150	656.296	578.251	151.177	1.139.347	16,37	160,34
1898/99	3.568.600	735.619	629.865	155.580	1.317.674	17,69	203,40

Mit dem Schluß des letzten Geschäftsjahres vollendet die Bäckerei das neunte Betriebsjahr. Es ist deshalb am Platze, mit den anderen Zusammenstellungen auch einen Bericht über die Entwicklung der Bäckerei zu geben. Indem wir auf die obenstehende Tabelle verweisen, möchten wir die Thatsache hervorheben, daß die Lieferung des Frühstücksgebäcks durch die Austräger nicht mit der Zahl der Mitglieder wächst. Sieht man von dem ersten Betriebsjahr der Bäckerei ab, in welchem nur circa 6 Monate Frühstücksgebäck hergestellt wurde und vergleicht die Jahre 1891/92 bis 1898/99 mit einander, so muß zunächst ein dauernder Rückgang konstatiert werden, der erst in den beiden letzten Jahren durch ein ganz mäßiges Steigen unterbrochen wird. Für die Austräger wurden im Jahre 1891/92 4.747.915 Stück Frühstücksgebäck bei 4540 Mitgliedern geliefert. Jetzt zählen wir 19.862 Mitglieder und sind nur 5.071.850 Stück Frühstücksgebäck durch die Austräger geliefert worden. Wenn auch der Bedarf in den Verkaufsstellen in dem gleichen Zeitraum von 618.222 Stück auf 2.063.321 Stück gestiegen ist, so ist hiermit keineswegs der Nachweis geliefert, daß die Mitglieder nicht bei den Austrägern, sondern in den Verkaufsstellen decken. Nach dem Verhältnis von 1901/92 müßten wir mir im vergangenen Geschäftsjahre eine Produktion von 18 Millionen Stück Frühstücksgebäck haben. Welches sind die Ursachen, daß alle Zweige des Betriebes mit der Zahl der Mitglieder stetig wachsen und nur dieser eine Zweig zurückbleibt? Bezieht hier etwa der genossenschaftliche Betrieb? Jedenfalls muß diese Thatsache einmal gründlich untersucht werden. Es ist zwar nachträglich die Kuchen- und Zwiebackbäckerei eingeführt worden, der Umsatz hierin sehr aber auch noch lange nicht den Fehlbetrag.

Aus der obenstehenden Tabelle geht weiter hervor, daß die Stückzahl und der Geldwerth der produzierten Weißbrote ebenfalls gegen das vergangene Jahr zurückgegangen ist. Auch über die Ursachen hiervon muß versucht werden, völlige Klarheit und wenn möglich Hilfe zu schaffen. Der Rückgang mag zum Theil darauf liegen, daß infolge der guten Roggenqualität das gute Roggenbrot auch für schwächere Magen genügt. Bei dem gegenwärtigen billigen Preisstande des Weizens hätte man aber eher das Gegentheil erwarten sollen. Eine andere Ursache des Rückganges von Frühstücksgebäck und Weißbrot mag darin liegen, daß die Bäckerei nicht mehr im Stande ist, den Anforderungen an die Leistungsfähigkeit zu genügen. Die alleinige Ueberhauptnahme kann dies aber nicht sein, da dieses Mißverhältnis zwischen Mitgliederzahl und Produktion schon vor Jahren vorhanden war, als an eine Ueberlastung der Bäckerei noch nicht gedacht werden konnte.

Um das von der Bäckerei produzierte Quantum etwas verständlicher zu machen, sei angeführt, daß im vergangenen Jahre durchschnittlich wöchentlich gebackt wurde:

kleine Roggenbrote	25.427 Stück
große	12.051 "
Weizenbrote	1.686 "
Frühstücksgebäck	138.785 "

Das Gewicht der großen und kleinen Roggenbrote, welches gegenwärtig bei einem Brotpreis von 11 Pf. 73 resp. 36 Pfund ist, betrug im jährlichen Durchschnitt 1900 Zentner. Die tägliche Produktion von Frühstück im Jahresdurchschnitt 1900 Stück.

Das Gesamtgewicht des im Jahre 1898/99 produzierten und zum Verkauf gelangten Roggenbrotbetrug insl. der nicht in unserer Bäckerei gebacken wurde 29.402 Brote 9.504.366 Pfund.

Im letzten Jahre sind wir auch der Frage des Kohlenverbrauches bei den verschiedenen Operationen näher getreten, ohne allerdings irgend welches befriedigendes Resultat zu erzielen. Während z. B. bei den Dampföfen genaue Berechnungen über den Kohlenverbrauch gegenüber dem erzeugten Dampf vorhanden sind, fehlt es bei den Dampfanzugsbädern noch an jeder sicheren Unterlage. Daß eine solche aber für den Neubau von Bäckereien, die Entscheidung über das Ofensystem, von sehr großem Vortheil wäre, ist jedenfalls außer allem Zweifel. Es wäre deshalb von sehr großem

Interesse, wenn alle Konsumvereine, welche Bäckereien haben, ihre Erfahrungen über den Kohlenverbrauch mit Angabe des Ofensystems in den Geschäftsberichten niederlegten. Wir können nur konstatieren, daß alle zur Zeit vorhandenen Systeme der Dampfanzugsbädern gewaltige Kohlenreserven sind. Durch den Austausch der Erfahrungen und Feststellung des Kohlenverbrauches würden aber die Fabrikanten zu Verbesserungen veranlaßt. Die moderne Großbäckerei findet man in Deutschland fast ausschließlich nur bei den Konsumvereinen, es kann also auch nur bei diesen die angeschnittene Frage gelöst werden.

**Antisozialer Terrorismus gegen die Herren im eigenen Hause.** Der geschäftsführende Vorstand des Leipziger Innungsverbandes Germania verbietet den Mitgliedern dieses Verbandes mit anderen Versicherungsgesellschaften als der „Bürich“ abzuschließen. Die Herren Herren im eigenen Hause dürfen also nicht einmal ihr Haus gegen Feuergefahr versichern wo es ihnen beliebt, denn (das ist des Hubsels Kern) die „Bürich“ zahlt in die Geschäftskasse des Germaniaverbandes ansehnliche Prämien von jeder Versicherung, deshalb müssen die ultra-nationalen Bäckereimeister ihr Geld einer ausländischen Versicherungsgesellschaft zuzuwenden. Und solche „Herren“ schreien über Terrorismus der Arbeiterverbände!

Eine Bäckereiverordnung ist für Höchst a. M. erlassen worden. Nach derselben muß in den Geschäftsräumen die größte Reinlichkeit herrschen, die Backstuben und Räume, welche zur Aufbewahrung von Mehl und Backwaren dienen, dürfen unter keinen Umständen zum Schlafen benutzt werden und das Waschen des Körpers, ausgenommen das Händewaschen, muß außerhalb der Räume geschehen. Die Backtröge und Tische dürfen nicht zur Aufstellung und Auflegung von Geschäften benutzt werden. Die Schlafstellen der Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten müssen vom Zutritt dieser Polizeiverordnung an den Anforderungen der Kreis-Polizeiverordnung vom 24. 11. 1896, betreffend das Schlafgängerwesen, entsprechen. Auf den Gesundheitszustand ihrer Arbeiter haben die Bäcker und Konditoren genau zu achten und Kranke, insbesondere an Hautkrankheiten (Ausschlägen usw.) Leidende, von der Arbeit auszuschließen. Nachwahren, Mehl und dergleichen sind stets nur in luftigen trockenen Räumen aufzubewahren, nicht aber in solchen, wo sie dem Einflusse schlechter Luft und Dünste ausgesetzt sind. Zum Frischen der Backwaren ist nur frisches Wasser zu verwenden und darf schmutziges in den Back- und Arbeitsräumen überhaupt nicht aufbewahrt werden; auch dürfen in den Räumen weder Wäsche noch Kleidungsstücke getrocknet oder aufbewahrt werden. Die Benutzung der Räume zu anderen Zwecken ist verboten.

Die neue Zwangsinnungsherrschaft ist jetzt auch in den Kreisen der Bäckereimeister im Schwinden begriffen. Nachdem schon in verschiedenen anderen Berufen Zwangsinnungen ihre Auflösung beschlossen haben, hat jetzt auch die Bäckereizwangsinnung in Theloc einstimmig ihre Auflösung beschlossen. — Nichts will den Fratern mehr glücken! Durch die Zwangsinnungen erhofften sie Hilfe vom Staat und nun müssen sie einsehen, daß sie als Mitglieder derselben nur recht hohe Beiträge bezahlen müssen, aber die so sehrlich erwartete Hilfe ausbleibt. Deshalb lehnen sie auch der Zwangsinnung wieder den Rücken. Uns kann's recht sein! — Seit dem Hamburg-Altonaer Streik können die dortigen bürgerlichen Blätter nicht wieder zur Ruhe kommen und fast fortwährend von einem neuen bevorstehenden Streik der Bäcker und unsere Innungspreise drückt diesen Kohl schleunigst ab, denn keine Lüge ist für die zu dumm, um sie ihren Lesern nicht als Neuestes von Neuem vorlegen zu können. So macht jetzt folgende Meldung durch den jumbigen Blätterwald die Runde: „daß seitens der Gesellen beabsichtigt ist, im nächsten Jahre einen neuen Bäckereistreik zu inszenieren. Als Hauptforderung soll die gänzliche Abschaffung der Nacharbeit proklamiert werden und die Bäckergesellen sollen entschlossen sein, diesmal alles an die Durchführung dieser Forderung zu legen.“ Wir glauben, daß die Zeitschinder mit förmlicher Begier einen neuen Streik herbeiwünschen, damit ihre verlogenen und erfundenen „Neuebriefer der Streikenden“ und andere schöne Fabeln für schweres Geld in der bürgerlichen Presse wieder Absatz finden.

Ein entsetzlicher Schritt. Der Sohn eines höheren Beamten aus Charlottenburg kam auf die abenteuerliche Idee, das behagliche elterliche Heim zu verlassen und sein Glück als — Bäcker zu versuchen. Am vorigen Donnerstag kehrte in einer Herberge zu Spandau ein junger Burche, gut gekleidet und mit einigen Geldmitteln versehen, ein, der Nachquartier wünschte. Er erzählte, daß er sich eine Stelle als Bäckereilehrling suchen wollte. Am nächsten Morgen hielt er in den Bäckereien der Stadt Nachfrage und wurde schließlich vom Bäckereimeister Kreuzhauer am Stresowplatz in die Lehre genommen. Der neue Burche nannte sich Albert Schmidt und gab an, daß seine Eltern in einer kleinen Stadt der Provinz wohnen; Papiere habe er nicht bei sich, der Meister sollte nur an die Eltern schreiben, die würden das Erforderliche schon senden. Der Lehrling erwies sich sehr brauchbar und der Meister richtete an die aufgegebene Adresse einen Brief; dieser kam aber als unbestellbar zurück. Der Meister nahm nunmehr den Burchen in ein strenges Verhör und brachte ihn schließlich auch zum Geständnis. Danach war der neue Bäckereilehrling der 15jährige Sohn eines Oberverwaltungsgerichtsraths. Der junge Mensch, Obertercianer, hatte sich heimlich aus dem elterlichen Hause entfernt, um sein Glück in Fremde zu suchen. Er befindet sich bereits wieder bei seinen Eltern. Diese stehen vor einem Räthsel. Was kann es Befremdlicheres geben, als wenn ein Bourgeoisprohling, dem es an Nichts mangelt, auf die Idee kommt, in die fernere als das Innere Afrika von seiner Erbhäre abliegende Welt des Proletariats hinabzusteigen? Wenn der Knabe nur nicht — wir wagen den schrecklichen Verdacht kaum auszusprechen — in die Fußstapfen des Vaters Schritte tritt, der seine verruchte Laufbahn ja auf dieselbe Weise begann!

### Verwaltungs-Berichte.

Altona. Am Mittwoch, den 6. Dezember, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung bei Schöff statt. Als wichtigster Punkt der Tagesordnung war die Urabstimmung über die Erhebung der Extrabeiträge zum Streifonds. Pöhl führte an, daß den Mitgliedern schon hinlänglich bekannt ist, daß uns im Verbands für die nächste Zeit in einer Anzahl größerer Städte schwere Lohnkämpfe bevorstehen. Diese Kämpfe erfordern aber, daß wir getücht dahinter, um überall die streikenden Kollegen sofort wirksam unterstützen zu können. Das alte System, freiwilliger

Sammlungen durch Listen, soll durch ein neues ersetzt werden, und zwar durch monatliche Extrasteuern. Damit sollen auch die sogenannten „Dickerberger“ herangezogen werden. Das Resultat der Urabstimmung war ein glänzendes, es stimmten 87 für und 1 Stimme gegen den Antrag. Altonaer hielt Kollege Pöhl einen Vortrag über die Konsumvereine und ihre Organisation, welchen die Kollegen mit regem Interesse verfolgten. Ein Antrag des Kollegen Köbiger, eine Versammlung im Stadt-El Ottenen abzuhalten, wurde abgelehnt. Darauf zu letztkommend, bemerkte Almann, daß wir im Januar einen Besuch mit einer Morgen- resp. Mittagsversammlung vornehmen können, um auch den übrigen Mitgliedern erst zu werden.

Altona. Am 29. d. M. fand bei Schöff eine öffentliche Versammlung statt. Roll. Stauch hebt hervor, es sei ein Uebergriff, eine Resolution der Innung, daß sie von den arbeitenden Kollegen seit dem 1. November wieder die sämtlichen Papiere verlange, trotzdem in gemeinschaftlicher Sitzung des Ausschusses beschlossen worden sei, nur die Germania-Papiere abzugeben; er ersucht die Versammlung, ganz energisch dagegen Protest zu erheben. Ebenfalls waren mehrere Kollegen anwesend, welche von der Innung ein Kreuz in ihr Germania-Buch erhalten hatten. Dieses Kreuz ist nur eine Maßregelung der im vorigen Jahre am Streik beteiligten Kollegen; der Gesellenausschuß erhielt den Auftrag, gegen diese Kennzeichnung zu protestieren. Almann betonte noch, daß die Altonaer Innung ganz im Sinne des Altmann und Konforten arbeiteten und einen großen Werth auf das Germania-Arbeitsbuch oder, besser gesagt, Hausknechtbuch, denn weiter sei es für uns nichts, lag. Redner führte weiter an, daß die Innung es am liebsten sähe, wenn sämtliche Gesellen auf der Herzberg logierten und alle ihre Papiere abfertigen, damit sie ganz unter der Fuchtel der Innung ständen. Sei aber eine lästige Organisation am Platze, dann würde die Innung solche Versuche wohlweislich unterlassen. Er erwägt noch die anwesenden Kollegen, alle den Verband beizutreten. Stauch tabelt den seltenen Versammlungsbefuch einiger Mitglieder des Gesellenausschusses und führt an, daß, wenn der Ausschuß nicht regelmäßig und pünktlich die Versammlungen besuche, er auch nicht die Rechte der Gesellen vertreten könne. Hierauf erwiderte Alberg, es wäre wohl vorgekommen, daß er oder sonst Jemand vom Gesellenausschuß in den Versammlungen gefehlt hätten, aber trotzdem würden die Rechte der Gesellen voll und ganz vertreten. Hierauf verließ Roll. Kristall folgende Resolution: „Die am heutigen Tage bei Schöff versammelten Bäcker Altonas erblicken in dem Vorgehen der Innung: sämtlich: Papiere beim Einschreiben abzugeben, eine Bevormundung, wodurch ein gezieltes Zusammenarbeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer illusorisch gemacht wird. Da es im eigenen Interesse jedes Menschen liegt, sich zu jeder Zeit legitimieren zu können, so halten sie diese Handlung der Innung für ungesetzlich und fordern den Gesellenausschuß auf, eventuell bei der Behörde diese Bestimmungen rückgängig zu machen.“ Dieselbe wird einstimmig angenommen. Zum Punkt: „Krankentassenwesen“ referierte Kollege Almann und setzte den Kollegen klar und deutlich die Vortheile unserer Zentralkasse und die Nachteile einer Innungs-Krankentasse auseinander und betont, daß unsere Zentral-Krankentasse der eigentliche Vorläufer unserer Verbandes sei. Krohn (Krankentote der Zentralkasse) betont nochmals die Vortheile dieser Kasse und ersucht die Mitglieder um pünktliches Bezahlen, sowie bei Abreise um pünktliche Ab- oder Ummeldung. Sodann fordert Roll. zum zahlreichen Eintritt in den Verband zu pünktlichem Versammlungsbefuch auf. Pöhl bittet die Kollegen, zur nächsten Mitgliederversammlung vollständig zu erscheinen, damit die Urabstimmung über die Extrabeiträge in imposanter Weise zum Ausdruck komme.

Augsburg. Mitgliederversammlung vom 1. Dezember. Dieselbe war wie gewöhnlich sehr schlecht besucht; erschienen waren nur einige gute und eifrige Mitglieder. Es fanden zunächst vier Neuaufnahmen statt. Die Urabstimmung, betreffend Erhebung von Extrasteuern zu den bevorstehenden Lohnbewegungen, ging mit voller Majorität vor sich. Die vom Ausschusse beantragte Christbaumfeier wurde hierauf besprochen und dann beschlossen, daß Fests am 26. Dezember (Stephanitag) abzuhalten. Einige Kollegen erklärten sich bereit, Beiträge zur Herstellung eines Glöckchens zu leisten. Auch soll der sehr gut organisierte Arbeiter-Sängerbund zur Mitwirkung beim Fests eingeladen werden, was wohl das Interesse aller Mitglieder erregen dürfte. Der Vorsitzende forderte die Anwesenden auf, dem Vorstand behilflich zu sein bei den Vorarbeiten zur Christbescherung, um dieselbe zu einer der Arbeiterschaft würdigen Feier zu gestalten. — Am. des Schriftf.: Kollegen von Augsburg und Umgegend! Ich fordere Euch auf, die vorgesehenen Versammlungen eifriger zu besuchen und keine so große Laueheit zu zeigen, denn je mehr Ihr das Ausbleiben der Organisation verzögert, desto mehr verzögert sich die Hebung unserer elenden Lage, und dadurch schädigt Ihr auch Eure Kollegen in finanzieller Hinsicht. Denjenigen aber, welche bereits dem Verbands angehören, möchte ich dringend bitten, die Mitgliederversammlungen allesamt zu besuchen, denn davon hängt der Erfolg der ganzen Bewegung ab. Alle, alle müssen zu der Einheit kommen, daß nur eine geschlossene Körperschaft etwas ausrichten kann. Die nächste öffentliche Versammlung findet am 10. Januar 1900 statt.

Berlin. Unsere Mitgliedschaft hielt am 5. Dezember ihre Mitglieder-Versammlung im Englischen Garten ab. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Rafting über die jetzigen Lohnbewegungen unter den Bäckereiarbeitern Deutschlands und die Ertragsverhältnisse derselben in den letzten Jahren kam man zum Hauptpunkt der Tagesordnung, Urabstimmung über die Erhebung von Extrabeiträgen zum Streifonds. Roll. Höpner wies auf die Wichtigkeit dieses Punktes hin und bat die Kollegen, ihre Opferwilligkeit zu zeigen und alle für die Erhebung zu stimmen. Eine lebhaft debattierte fand nun über diesen Punkt statt und wurde die Erhebung in geheimer Abstimmung mit großer Majorität, gegen 2 Stimmen, angenommen. Auch ein Antrag daß Berlin von der zweiten Klasse in die erste Klasse gesetzt werden möge, wurde ebenfalls nach einer heftigen Debatte mit großer Majorität angenommen. Nachdem kam man zum Verschiedenen und stellte Roll. Gerschold den Antrag, eine Kommission für die Wahlen im neuen Jahre zu wählen, die die Wahlen zu ordnen und zu leiten habe. Der Antrag wurde angenommen und eine Kommission von 4 Kollegen gewählt. Nachdem nun noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt waren, folgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Höchst a. M. Am 3. Dezember tagte hier eine öffentl. Bäcker-Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Organisation; 2. Stellungnahme zu den Forderungen und Verschiedenes. Zum 1. Punkt sprach Kollege Neumann - Frankfurt a. M., dabei betonend, daß in Höchst schon oft eine Organisation bestanden hätte, aber durch den fortwährenden Wechsel der Kollegen hauptsächlich in den Sommermonaten, hervorgerufen durch die schlechten Lohn-

und Arbeitsverhältnisse, wieder zu Grunde gegangen sei. Andererseits fehlten aber auch Kollegen am Orte, welche energisch die Verbandsgeschäfte in die Hand nehmen könnten. In der Debatte sprachen sich noch die Kollegen Goldstein und Juch im Sinne des Referenten aus. In Bezug auf die Freinächte wurde zunächst festgestellt, daß die Herren Bäckermeister das in einer im Frühjahr abgehaltenen Volksversammlung gegebene Versprechen, die Freinächte an allen hohen Festtagen vom 2. zum 8. Feiertag freizugeben, schließlich gebrochen haben. Nur 2-3 Meister haben ihr Wort gehalten. Der Vorsitzende der Mitgliedschaft Frankfurt wurde beauftragt, schriftlich bei dem hiesigen Obermeister darüber vorstellig zu werden. Die Antwort soll in einer am 17. Dezember, Nachm. 3 Uhr im „Vogel Nest“, Homburgerstr., stattfindenden Versammlung bekannt gegeben werden. Nachdem noch die Kollegen zum Besuch des Frankfurter Weihnachtsballes aufgefordert waren, erfolgte der Schluß der Versammlung. 11 Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

**Forst i. d. E.** Am 10. Dezbr. fand hier unsere Mitgliederversammlung statt. Ein Kollege ließ sich neu aufnehmen. Sodann fand eine rege Debatte über den Antrag, betr. die Urabstimmung über die Extrabeiträge zum Streifonds statt und wurde allgemein das Sammellistenwesen als ein besseres System wie die Erhebung der Extrabeiträge gelobt, weil dann jeder Kollege nach seinen Verhältnissen geben könnte. In der Urabstimmung gaben denn auch die Mehrzahl der Mitglieder ihre Stimme gegen den Antrag vom Vorstand und Ausschuss ab, welche Stellung sie durch die niedrigen Löhne motivierten.

In Herbe (Westf.) fand am 10. Dez. eine von ca. 40 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung statt. Der Vortragende Gen. Hegemann sprach über: „Die Lage der Bäckerarbeiter und wie ist dieselbe zu verbessern?“ in spannender Weise, wofür ihm reichlich Beifall zu Theil wurde. Eine Resolution im Sinne des Referats fand einstimmige Annahme. Eine Anzahl Kollegen trat dem Verbands bei. Koll. Kode wurde zum Kartelldelegierten gewählt.

**Kaiserlautern.** Am 28. November fand in den „Drei Mühlen“ eine öffentliche Bäckergehilfen-Versammlung statt. Herr Peter Wolf referierte über Nutzen und Zweck unserer Organisation. Allgemeiner Beifall wurde dem Redner zu Theil. Der zweite Punkt der Tagesordnung, Gründung der Zahlstelle resp. Vorstandswahl, wurde auf die am 12. Dezbr. stattfindende Mitgliederversammlung verschoben. Unter verschiedenen berichtet Kollege Busch über einen Fall obermeisterlicher Arbeiterfreundlichkeit. 13 Kollegen ließen sich aufnehmen, so daß wir jetzt 26 Mitglieder zählen.

**Karlruhe.** Am 9. Dezember fand hier eine Mitglieder-Versammlung statt, welche gut besucht war. Die Monatsbeiträge gingen gut ein. Aus Anlaß der Urabstimmung über die Anträge des Vorstandes und Ausschusses fand eine rege Debatte statt und wurden sodann 10 Stimmen für die Streifbeiträge, 15 dagegen abgegeben. Letztere Kollegen motivierten ihre Ablehnung mit den geringen Löhnen, welche hier bezahlt werden, versprachen aber, wenn die Einrichtung im Verbands beschlossener sei, auch ihrerseits ihre Pflicht zu thun. Im Allgemeinen sind die hiesigen Mitglieder mehr für freiwillige Beiträge eingenommen. Sodann wurde beschlossen, am 25. oder 26. Dezember im „Auerhahn“ eine Christbaum-Verlosung und Ball abzuhalten. Als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Morgner gewählt. Zwei neue Mitglieder ließen sich aufnehmen. Kollege Würfel schloß sodann die Versammlung mit der Aufforderung, energisch für die Ausbreitung des Verbandes unter den uns noch fernstehenden Kollegen zu agitieren.

**Leipzig.** Verbands-Versammlung vom 3. Dezbr. Auf der Tagesordnung stand: „Urabstimmung über die Erhebung der Streifsteuer.“ Kollege Geier hatte das Referat übernommen. Der Redner betonte, daß die Bäcker endlich zu der Einsicht gekommen, daß sie noch ein Jahrhundert hinter den anderen Gewerkschaften zurück sind; deshalb rüsten sich die Kollegen in den meisten größeren Städten Deutschlands zum nächsten Frühjahr zu einem Kampfe. Da aber zu einem Kampfe Pulver gebraucht wird, so fordert der Referent die Kollegen auf, die vorgeschlagene Erhöhung der Steuer anzunehmen. Es folgte eine längere Diskussion für und gegen die Erhöhung. Der Antrag Witzsch: „Leipzig in die I. Klasse zu versetzen“, wurde abgelehnt. Es wurden abgegeben 111 Stimmzettel, 69 mit Ja, 39 mit Nein und 3 ungültig. Der Vorsitzende machte bekannt, daß am 4. Dezember der Arbeitsnachweis in Kraft und zwar in der „Flora“, Nachmittags von 4-6 Uhr, Sonntags von 11-12 Uhr Vormittags. Ferner wurde noch eine Aussage des Bäckermeisters Simon geäußert; er sagte am 24. November bei einer Schöffengerichtsverhandlung, daß es bei der Leipziger Innung Unzufriedenheit sei, wenn ein Gefelle sich förmlich oder renitent benimmt, daß er dann ein Viertel- oder ein Halbjahr von den Mitgliedern der Innung nicht in Arbeit genommen wird.

**Lüneburg.** Am Mittwoch, den 6. Dezember, tagte in der Lambertihalle unsere Mitgliederversammlung mit nachfolgender Tagesordnung: 1. Urabstimmung, 2. Kartellbericht, 3. Verschiedenes. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Nachdem Koll. Schnell zu Punkt 1 gesprochen, erläuterte Koll. Müller-Hamburg den Werth des vorliegenden Antrags; derselbe fand Annahme. Hierauf berichtete Koll. Schnell von der Kartellsetzung. Im Verschiedenen wurde Klage geführt über die Bäckerei von Stolte, Lüneburgerstr. 19. Da uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, daß dort der Maximal-Arbeitsstag und die Sonntagruhe nicht beachtet werden, soll die Bäckerei gemeldet werden.

**Lübeck.** Am Sonntag den 3. Dezember fand unsere gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Betreffend den Antrag des Hauptvorstandes und Ausschusses wurde beschlossen, den Mitgliedern hierorts folgenden Antrag zur Abstimmung zu unterbreiten: „Alle Mitglieder, die wöchentlich mindestens 20 Mk. verdienen, gehören zur ersten Klasse und haben 50 Pfg. Streifondsbeiträge für die Monate Januar, Februar, März und April zu zahlen. Diejenigen Mitglieder, die weniger verdienen, zahlen in die dritte Klasse 30 Pfg. Für Kost und Logis werden 10.50 Mk. in Anrechnung gebracht.“ Die Abstimmung soll in der Weise geschehen, daß jedem Mitgliede ein Stimmzettel zugefandt wird. Ein Eventual-Antrag, da dann der monatliche Beitrag von 25 Pfg. für die Postkasse in Wegfall kommt, wurde angenommen. (Anmerkung: Die Mitglieder werden ersucht, von obigen Anträgen besonders Kenntnis zu nehmen.) Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Antrag des Vorstandes, wegen der Stellungnahme des Geschäftsführers der Genossenschaftsbäckerei und des Redakteurs des „Volksboten“ unseren Verbands gegenüber, beim Kartell vorstellig zu werden, einstimmig angenommen. Ferner wurde Bericht erstattet über eine gemeinschaftliche Sitzung des Vorstandes und der Lohnkommission mit dem Gesellenausschuß betr. unserer Forderungen. Das Ergebnis dieser Sitzung war, daß der Gesellenausschuß vor Weihnachten wegen gesteigerter Thätigkeit keine Zeit habe, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen, es solle dies in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr geschehen. Die Anwesenden erklärten sich hiermit vorläufig einverstanden, jedoch soll noch

vorher zwecks besserer Agitation ein Flugblatt verbreitet werden. Nach Erledigung einiger nebensächlicher Angelegenheiten fand die gut besuchte Versammlung um 7 Uhr Abds. ihr Ende.

**Mainz.** Am Freitag, den 8. Dezember, fand eine Mitgliederversammlung statt. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die Urabstimmung. Sämtliche Redner konnten nicht begreifen, daß die Mitgliedschaft Mainz in der zweiten Klasse mit 40 Pfennig pro Monat einrangiert ist, während verschiedene Zahlstellen die gleichen Lohnverhältnisse wie Mainz haben, in der dritten Klasse sind. Bei der Urabstimmung waren 41 Kollegen für einen Beitrag von 40 Pfg. monatlich und 22 für 30 Pfennig. Es wurde darauf folgende Resolution angenommen: „Die Mitgliedschaft Mainz steht sich veranlaßt, den Hauptvorstand dringend zu ersuchen, Mainz in dritte Klasse des Streifonds zu versetzen, weil die hiesige Zahlstelle im Verhältnis seiner Mitgliederzahl und Lohnverhältnisse der dritten Klasse zugetheilt werden muß.“ Es wurde ferner beschlossen, daß am dritten Sonntag im Januar hier eine Goutkonferenz stattfinden soll, und können die Kollegen nicht begreifen, daß die nächste Goutkonferenz erst 1901 stattfinden soll. Es wurde dahingehend folgende Resolution angenommen: „Die Mitgliedschaft Mainz steht sich veranlaßt, Protest dagegen zu erheben, weil die Goutkonferenz, wie uns die Agitationskommission mittheilt, erst 1901 stattfinden soll. Daher ersuchen wir die Mitgliedschaften des 7. Gau's sich unseren Protest anzuschließen, weil es unbedingt notwendig ist, so bald als möglich die Goutkonferenz stattfinden zu lassen. Die Agitationskommission muß deshalb ersucht werden, die nötigen Schritte dazu zu thun, andernfalls die Mitgliedschaft Mainz sich veranlaßt sieht, dies selbst zu thun.“ (Anm. d. Red.: Der Kollege Hölzle-Frankfurt machte der Mitgliedschaft Mainz seinerzeit den Vorwurf: „Sie vertheidige die Disziplinlosigkeit.“ Untersuchungen wir jetzt nicht, ob dieser Vorwurf berechtigt und unberechtigt war, wir wissen, daß die Mehrzahl der Mitglieder sich ein Urtheil darüber gebildet haben. Aber Disziplinlosigkeit ist es auf alle Fälle, wenn die Mitgliedschaft droht, auf eigene Faust hin eine Goutkonferenz einzuberufen, denn dazu hat sie gar kein Recht! Oder sind die vom Verbandsrat in München und der letzten Konferenz des 7. Gau's gefaßten Beschlüsse den Mainzer Mitgliedern murrend? Wir glauben nicht, daß sie die unüberlegte Drohung wahrnehmen wird, es würde dies ihr Nutzen sicher nicht sein. Der Verbandsvorstand hat sich mit den Agitationskommissionen dahin verständigt, im Winter 1900 keine Gouttage abzuhalten, weil die Thätigkeit der Kommissionen noch eine so kurze ist, daß die Gouttage in der Weise überflüssig erscheinen und der Verbandsratsbeschluss auch nicht Goutkonferenzen in so kurzer Zeit hintereinander folgend vorsehen hat. Macht sich nun im 7. Gau trotzdem eine Goutkonferenz nötig (trotzdem sich fast alle Mitgliedschaften des Verbandes für den Vorschlag des Verbands-Vorstandes erklärt haben, hätten wir aus besondern Gründen nichts gegen einen Gouttag in diesem Winter im 7. Gau einzuwenden), so steht der Agitationskommission in Frankfurt a. M. im Einverständnis mit dem Verbands-Vorstand die Entscheidung darüber zu. Hat erstere davon abgesehen, eine solche Konferenz abzuhalten, und einzelne Mitgliedschaften wünschen dies trotzdem, so muß ein solcher Antrag der Kommission unterbreitet werden, diese kann dann die Mitgliedschaften ihres Bezirks befragen und nach deren Wünschen einen Gouttag in diesem Winter anberaumen, oder wenn die Mehrzahl der Mitglieder des Gau's sich dagegen erklärt, dieselbe auch entgegen dem Verlangen der Mainzer Mitglieder ausfallen lassen. Darnach hat sich die Mainzer Mitgliedschaft zu richten, und ein Recht, in diesem Falle selbstständig einen Gouttag einzuberufen, steht ihr nicht zu. (Die Drohung ist, wenn nicht lächerlich, so doch wenigstens recht unüberlegt!)

**München.** Am Mittwoch, den 6. Dezember, fand eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Warum will der Vorstand der Bäder-Zwangsinnung unsern gewählten Gehilfenausschuß nicht anerkennen? Nach einem Referat des Kollegen Wagner gesehener mehrere Redner das Vorgehen und die Machinationen der Innung den Gehilfen gegenüber. Kollege Friedmann kennzeichnete die von der Innung über seine Verhaftung in verschiedene Bourgeoisblätter langirten, sich selbst widersprechenden Berichte und betonte, daß er einem etwaigen Strafverfahren gegen seine Person gekroft und mit aller Ruhe entgegenstehe. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige öffentliche Bäckerversammlung protestirt einmüthig gegen die Ignoranz des Gehilfenausschusses seitens der Vorstandschast der Zwangsinnung und erbringt in der Nichtanerkennung des Gehilfen- und Herbergsausschusses ein Ultimatum auf die gewöhnlich gewährten Gehilfenrechte. Die Versammlung fordert den Innungsgesellen-Ausschuß auf, in Wäde die nötigen Schritte einzuleiten, um die Anerkennung des Gehilfenausschusses zu erwirken, damit dieser die Interessen der Gehilfen voll und ganz wahren und vertreten kann.“

**Dienburg (Großherzogthum).** Am 10. Dezember fand in der Zentangerberge eine öffentliche Bäckerversammlung statt, welche von 26 Kollegen besucht war. Als Referent war Kollege Voronmann aus Bremen erschienen, der über das Thema: „Die Streiks der letzten Jahre im Bäckergewerbe und was lernen wir daraus?“ in längeren Ausführungen sprach und mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, der Organisation beizutreten, schloß. Der Kartellvorsitzende Herrmann führte den Kollegen den Werth der Organisation an der Hand von Beispielen aus anderen Berufen klar vor Augen. In der Diskussion schilderte ein Kollege die Verhältnisse in Oldenburg als ziemlich gute; jeder Geselle würde, wenn er vom Meister etwas verlangte, dasselbe auch erhalten. Der Maximalarbeitsstag werde auch nirgends so streng beachtet, wie hier. Dem trau Kollege w. entgegen, indem er die Zustände in ihrer ganzen Weite dem Verbands beizutreten, um auch hier bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Der Referent wies dem ersten Redner nach, daß seine Behauptungen nicht stichhaltig seien, er brachte u. A. auch die Behauptung, die letzter Zeit betreffs des Maximalarbeitsstages die uns großherzogliche Ministerium ging, zur Sprache. Nachdem Genosse Deitmann und Kollege H. noch einige Worte an die Anwesenden gerichtet, ließen sich neun Kollegen aufnehmen; somit erscheint endlich die Errichtung einer Zahlstelle gesichert. Am Sonntag, den 14. Januar 1900, findet die erste Mitgliederversammlung statt; hoffen wir, daß die jetzige Mitgliederzahl sich dann verdoppelt.

**Plauenischer Grund.** Am 3. Dezember dts. J. fand im „Deutschen Haus“ in Posthappel eine Mitglieder-Versammlung der Bäder statt. Als erster Punkt der Tagesordnung gelangte zur Abstimmung der Antrag zur Erhebung einer Extrabeitrag von 20 Pfg. im Monat zur Erhaltung eines Streifonds. Nach längerer Debatte wurde der Antrag einstimmig angenommen. Beim 2. Punkt der Tagesordnung, Verweilung, wurde besonders hervorgehoben, daß bei

verschiedenen Bäckermeistern in Posthappel Ueberarbeit statt findet, so bei Herrn Bäckermeister Hender, Kraisch, Reich und Schönberger. Nachdem noch Verschiedenes debattiert, wurde einstimmig beschlossen, zum Frühjahr eine Mitglieder-Versammlung zu gründen. Hierauf Schluß der leider schwach besuchten Versammlung. (Anm. d. Schriftf. Kollegen, es hat sich in letzter Zeit eine Laubheit unter Euch bemerkbar gemacht, welche gar nicht zeigt, daß Ihr wichtige Verbandsmitglieder seid. Darum richte ich an Euch die Ermahnung, besucht Euerer Versammlungen besser, damit unsere Organisation sich erhebe und ausbaue, denn nur Einigkeit macht stark. Es ist nicht bloß gut, Verbandsmitglied zu sein, sondern man muß auch die Versammlungen besuchen. E. H.)

**Regensburg.** Am 6. Dezember fand hier die regelmäßige Mitglieder-Versammlung statt, welche sehr gut besucht war. Genosse Hagen referierte über die angekündigten Streiks im Bäckergewerbe und schilderte den Zustand der Verhandlungen zu einem strengen Kampfe. Auch gezielte er das Schmarogertum in den Reihen der Bäckergehilfen, da gerade diese Elemente die Unzufriedenheit in unsere Reihen trügen. Reicher Beifall lohnte den Redner. Bei der Urabstimmung über die Extrabeiträge stimmten 54 mit Ja, 2 mit Nein. Nach Erstattung des Kartellberichts schloß der Vorsitzende mit der Mahnung, treu zur Organisation zu halten, die Versammlung.

**Wiesbaden.** Eine Bäcker-Versammlung, einberufen im Austrage des Innungs-Bäckermeisters vom Altgefallen Sand, tagte am 1. Dezember bei nur schwachem Besuch im Restaurant „Zum Mohren“, hier selbst. Nach einem gelegentlich der selben von Sand verlesenen Schreiben seines Austragegebers hat die Innung durch Beschluß vom 15. November eine Kommission eingesetzt zur Revision der Bäckereier, die aus 4 Meistern, 4 Gehilfen und 4 Polizeibeamten besteht. Die Polizeiverwaltung soll bereit sein, ihrerseits vier Personen in die Kommission abzuordnen, damit dieselbe gemeinschaftlich auf die vier Polizeireviere vertheilt, ihres Amtes walten. Kollege Hummel meinte zwar mit Recht, eine derartige Revision sei nicht weniger als geeignet zur Aufdeckung von Mißständen, sondern viel mehr dazu, diese zu verurtheilen, eventuell müsse man geheim revidieren. Die Gehilfenschaft habe dazu eine vollständige ausreichende Unterlage geschaffen. Polizei und Polizei-Inspektion hätten zum größten Theil die aufgestellten Behauptungen bestätigt und die bevorstehenden bezüglichen Gerichtsverhandlungen werden voraussichtlich volle Klarheit schaffen. Die Innung sei leicht wohl in der Lage, durch ihren Beauftragten, der aber seinem eigentlichen Zweck nicht entspreche, eine Statistik aufmachen zu lassen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die nunmehr ungenügende Verbreitung der Einladungen zu der Versammlung getadelt. Vor Allem möge man nicht in einem Blatte inserieren, das sich dazu hergeben, die „Lehren aus dem Bäckereirecht“ des „Herrn Kurier“ als Inserat zu verbreiten; eine Arbeit, für die der kräftigste Eigennuß die Unterlage abgibt, und die der Logik des Verfassers keineswegs ein glänzendes Zeugnis ausstellt. Solche Blätter lese man in Gehilfenkreisen nur mit Widerwillen. Etwas laßt die Versammlung den Beschluß, wegen ungenügender Verbreitung der Einladung eine weitere Versammlung stattfinden zu lassen.

Im Verlauf der letzten Mitglieder-Versammlung wurde dem Vorsitzenden ein Schreiben übergeben, worin von einem Gehilfen schwer geklagt wurde über die schmutzigen Bettwäsche, die miserable Kost, sowie darüber, daß die Wadstube als Pissot dienen müsse. (!) In einem anderen Gesichte würden — was im Verlaufe derselben Versammlung zur Sprache kam — da Bröckchen nicht vorhanden seien, die Abortthür (!) zu diesem Zweck und die schmutzigen Hemden der Gehilfen aus Bröckchentücher (!) benutzt. Ist dem in der That so — und wer sollte ein Interesse daran haben, der Versammlung Unrichtiges zu melden, — so meinen wir, sei im öffentlichen Interesse ein Einschreiten der Behörden dringend geboten. Auch die Bäckereinrichtung thäte viel besser daran, auf Abschaffung derartiger Mißstände hinzuwirken, als Gehilfen aus der Arbeit zu bringen, welche sich um die Beseitigung derselben bemühen.

### Verschiedenes.

**Der Herr im Hause.** Der Unternehmer ist nach dem einstimmigen Zeugnisse aller Manchesterleute der unbeschränkte Herr im Hause und der Arbeiter kann gar keinen größeren Frevel begehen, als ihm dieses Privilegium freitrag zu machen. Der Arbeitgeber hat die Fabrik für sein feuerverdienendes Geld erbauen lassen, folglich hat er auch darin zu kommandieren; wem das nicht paßt, der mag sich — selber eine Fabrik bauen! Schrumm! — Was wäre auch der Arbeiter ohne seinen Arbeitgeber? Ein Säugling ohne Milchkuh, ein Hund ohne Maulkorb! ein Hiel ohne Prügel! Alles verbandt er seinem Arbeitgeber. Dieser giebt ihm Unterkunft in seiner Fabrik, daß er im Sommer draußen nicht zu schweben und im Winter nicht zu frieren braucht; er beschäftigt ihn mit jenen und nützlichen Dingen, daß ihn nicht die Langerweile plagt; er giebt ihm ein Tagchengeld, daß er nicht verhungert; er rückt für ihn die jähren Weine, daß er bei der Arbeit keinen schweren Kopf trägt; er ist für ihn die schwer verdaulichen Vorkost, daß sich der Arbeiter nicht den Magen daran verdirbt; er geht für ihn in die Korrekte, Theater und Bälle, daß dieser keine Zeit damit verliert; er reist für ihn in die Bäder, daß dieser sich nicht den Geschlechttheilen der Heile zu unterziehen braucht; er spielt für ihn und „liebt“ für ihn, daß die Moral und Sittlichkeit des Arbeiters keinen Schaden leide; er würde auch für ihn in den Reichthum gehen, wenn ihn der Arbeiter dort hineinwählen würde, und er würde für ihn die Wege machen, wenn sich nicht der Arbeiter in seiner Halsstarrigkeit darauf verpfehle, dies durch seine eigenen Vertrauensleute besorgen zu lassen. Dies Alles und noch vieles Andere thut der Arbeitgeber für seinen Arbeiter — und was thut dieser für ihn? Nichts weiter, als daß er für ihn arbeitet! Ur — da magt sich der Arbeiter noch an, seinem Arbeitgeber in Schriften in seiner eigenen Fabrik machen zu wollen? Der Dauer der Arbeitszeit, über die Höhe des Lohnes und über die Andienung von Schutzvorrichtungen mureden — wollen? Wut, welcher Unan! Was thut's, wenn der Arbeiter auch die Maschinen wegen mangelnder Schutzvorrichtungen um's Leben kommt oder wegen langer Arbeitszeit und zu schlechter Ernährung die Schwindsucht kriegt? Auch dies ist ein Verdienst seines Arbeitgebers, denn der Arbeiter kommt dadurch nur um so zeitiger in den Himmel, während jener wer weiß wie lange darauf wartet kann. Die Arbeitgeber wollen also immer nur das Beste ihrer Arbeiter — die schlechten Arbeiter sehen das bloß nicht ein. (Aus dem „Sozialistischen Postillon.“)

Aus dem „Sozialistischen Postillon.“ Merkwürdige Auskunft. — „Du sagst mir, warum riechen Sie denn in einmüthig Amentate?“ Polizeikommissar: „Warum! Weil ich sonst eine Nase krieg.“ — Von Senarassimus. Adjutant: „Sw. Dura, laucht, solle man nicht doch einige Vorrichtungsregeln treffen, um die Einschleppung von Pest-

hätten zu verhalten...? Serenissimo: „Ach — haben Recht, mein Lieber...“ werde auf... wie sagen Sie? Bajillen... hohen Einfuhrzoll legen lassen...!“

Das einzig Gute an der Akkordarbeit ist die Aufrechterhaltung der Rechte: Der Arbeiter löst sich im Vernehmen und der Fabrikant im — abziehen!

**Entbehrungslohn.** Der „Vereinigten Pörtl- und Lauerhütte“ in Obereschleben von Geschäftsjahr 1898/99 nach Deckung der Geschäftsumkosten und der Obligationen noch über 8000000 Mk. Der Aufsichtsrath gab sich die erdenklichste Mühe, das Geld herzubringen; er setzte 3500000 Mk. für Abschreibungen usw. an und bewilligte die statutenmäßigen Entlohnungen durch den Bruttogewinn auf 4500000 Mk. ...

**Erwiderung auf das Eingefandt der Genossenschaftsbäckereiarbeiter in Frankfurt a. M.**

Die Herren der Genossenschaftsbäckerei werden mir gefälligst, auf ihr Geschäftsprodukt in der Nr. 40 dieses Blattes zu antworten. In erster Linie scheiden die Mitunterzeichneten, Eisenmenger und Binder, bei dieser Sache vollständig aus und zwar aus dem Grunde, weil jeder Frankfurter Kollege zugeben wird, daß sie nur der Hölle und Jesu als Staffage dienen mußten, um dem Eingefandt den nöthigen Anstrich zu geben. Zweitens traue ich den Personen auch gar nicht die Fähigkeit zu, sich in die Tragweite des Eingefandts hineindenken zu können und erlaube mir sonar zu beweisen, ob sie es erst durchgelesen, bevor sie unterschreiben haben, wie es nach berühmtem Muster ja so oft passiert. (Oder wissen die Kollegen von ihrem Unterschriftgeben gar nichts?) Ich habe mich vor schreiben dieses vergess ich bemerkt, in dem Versammlungsbericht der Nr. 38 eine Herausforderung der Genossenschaftsbäckereiarbeiter zu finden. Der Bericht ist an den Hauptvorstand mit der Unterschrift noch eines Vorstandsmitgliedes abgegeben. Wäre derselbe (der Bericht) nicht in allen seinen Theilen objektiv gehalten, würde dieses Vorstandsmitglied sicher seine Unterschrift verweigert haben. Es blieb also den Hölle und Jesu überlassen, mit juristischer Spitzfindigkeit eine Herausforderung zu formulieren. Nur schade, daß in dem Eingefandt die herausfordernde Stelle nicht näher angegeben und klargestellt worden ist. Auf diese Art und Weise hätten die Frankfurter Kollegen wenigstens einmal etwas an den Genossenschaftsbäckern zu bewundern gehabt, was ja bis jetzt noch nicht vorgekommen ist, d. i. ihre Schlaueit. Auf dieses „Schauspiel für Götter“ müssen wir also verzichten. Im Großen und Ganzen wird man hier ein Wort anwenden können, welches im Volksmunde zirkuliert und zwar das Wort: „Der getroffene Hund gaucht!“ Wenn Hölle schreibt, er hätte keinen Verstand der Rechtfertigung unternommen, so schreibt er bewußt die Unwahrheit. Ich überlasse es den Versammlungsbesuchern, ob sie seinen kläglichen Versuch als Rechtfertigung ansehen oder nicht, fest steht aber für mich sowie auch für den Unterzeichner des Versammlungsberichtes, daß es eine Rechtfertigung sein sollte. Wenn er einige Punkte zurückwies, so ist das ja an und für sich schon eine Rechtfertigung, denn diese Punkte waren gegen ihn und Jesu geschleuderte Anklagen, worüber er bei dem Versuch, die Punkte zurückzuweisen, auch gleichzeitig den Versuch der Rechtfertigung unternahm, welcher aber, ich „betone dies nochmals“, kläglich mißlang. Charakteristisch ist es, daß bei diesen Punkten zwei Mann mit unterschrieben haben, welche in der betr. Versammlung durch Abwesenheit glänzten. Des Weiteren hat Hölle die Thätigkeit in meiner Eigenschaft als Arbeiter der Genossenschaftsbäckerei in „meinem Interesse“ nicht vortragen wollen.

Ach, wie rüchlichsvoll! Jetzt erst erkenne ich die wahre Freundschaft des H. zu mir, seine ganze Seelengröße; und ich Thor mußte einen Mann „herausfordern“, der mein Interesse wahrnahm! Drei mal Wehe! Bitter rächt sich dies an mir und als reuiger Sünder werfe ich mich an den Busen des H. und Genossen! Oder auch nicht? Wichtig! Eben noch dämmert es in mir, daß H. und Gen. doch zu schwach sind, um meine Interessen zu wahren; weiter besinne ich mich, daß in der Versammlung von allen Rednern verlangt wurde, daß reine Wäsche gemacht werden sollte, was von mir aus auch geschah. Folglich hatte auch H. keinen Anlaß, zu schweigen, oder wie er sich huldvoll anzudrücken beliebte, „in meinem Interesse nichts vorzutragen.“

Weiter stellt er die Behauptung auf, das Verhalten der G. u. H. mit H. sei kein kollegiales gewesen! Dies ist ohne Weiteres erlogen und wäre es interessant, einmal die Eingefanden vorzunehmen. Das Unkollegiale erstreckte sich nur auf den Hölle und Jesu. Mit allen übrigen bin ich sehr gut ausgekommen, diese Thatsache wird schon dadurch erhärtet, daß ich mit Einzelnen Theater und Konzerte besuchte, was wohl sonst unterblieben wäre. Das Umgekehrte ist aber der Fall, Allesamt waren auf H. und J. nicht gut zu sprechen. Bedauerlich war es, daß diese Leute den H. und J. nichts ins Gesicht sagten, während ich mir diesen „Paschaton“ nicht gefallen ließ. Dieser „Paschaton“ artete von Seiten des J. in Kasernenhofblüthen aus, während es bei H. gegenüber dem Kollegen M. (jetzt in R.) sogar zu Gewaltthatigkeiten kam und er den M. mit Ohrfeigen traktierte.

Daß ich natürlich bei H. vorstellig wurde, ist klar, und daß er mir deswegen keine besondere Liebe entgegen bringt, noch klarer. Dieses „unkollegiale“ erstreckt sich von Seiten des H. und J. aber noch weit über die Grenzen der Genossenschaftsbäckerei hinaus. Ich erinnere nur daran, was in einer Vorstandssitzung die Entschädigung des Gewerbegerichtsbeisitzers besprochen wurde, dieses von H. der J. (welcher Beisitzer ist) sofort hintertragen wurde, welches er zu dienste, das gespannte Verhältniß zwischen J., einem Vorstandsmitglied und mir zu vergrößern, weil wir es in dieser Beziehung abfällig ausgesprochen hatten.

Ebenso war es bei meinem Antrag über die Streitklause, wo mir die niedrigsten Unterstellungen entgegen wurden, und wo dem „blögen Hirschen“ ein Urtheil in der Sache abgesprochen wurde. Nun, es hat sich ja gezeigt, wer urtheilsfähiger ist, die letzte Versammlung hat es ja bewiesen. Im Uebrigen kann ich mich wohl auf das Urtheil meiner früheren Arbeitskollegen bei der Firma Laus u. H. berufen, welche mir auch J. riefen, nicht in die Genossenschaftsbäckerei zu gehen. Nur zu wahr ist diese Warnung gewesen. Wena ich trotzdem den Arbeitstheil vornahm, so wollte ich nur dem Wunsch eines großen Theils der Frankfurter Kollegen, des Kollegen L. und des Hauptvorstandes gerecht zu werden. Der Wunsch des H. und J. war es niemals, daß ich da arbeite und hatte ich die Berechnungen gegen mich gleich am ersten Tage zu merken. Die Ursache liegt jedem Frankfurter Kollegen klar vor Augen und brauche ich nicht darauf einzugehen.

Was nun die Pünktlichkeit anbelangt, so möge jeder der Unterzeichner vor seiner eignen Thüre lehren. Schlimm genug ist es, daß man für ein Verbandsmitglied, welches fast jede Woche ein paar Abendstunden beizuwohnen hat, mit Mühe und Noth jemand fand, welcher 1/4 Stunde eher anfang oder überhaupt niemand vorhanden war. Ganz genau muß ja H. und Genossen gezählt haben, weil geschrieben wird, keine zehn Mal kam er pünktlich zur Arbeit. 3 Mal 1-2 Stunden kam ich zu spät und zwar war dieses bei der aufreibenden Arbeit in der Sommerhitze, am Tage Vorstandssitzung, Diskussionsklub oder sonstige Wege, auf Uebermüdung zurückzuführen. Diejenigen natürlich, die sich um Verbandsarbeit nicht kümmern, haben Zeit auszuschlafen, wenn es auch bei denselben in dieser Richtung ebenfalls hapert. Durch den Gedankenstreich mit dem Nachsch, „oder nicht“, versucht man zu sagen, als wäre dieses nicht kommen. Ich nehme hier mildere Umstände an und würde, daß auf Gedächtniswache der verehrlichen Kollegen zurück führen zu müssen, denn thatsächlich kam es nur einmal vor, was menschlich erklärlich ist. Als ich dann kam, war bereits eine Aushilfe da.

Mit dazu beigetragen hat auch wohl die Unlust, mit welcher ich in der Genossenschaftsbäckerei arbeitete. Dann auch die unumschränkte Regulierung der Arbeitszeit, sodas es vorlam, daß ich fast immer 12 1/2 Stunden schuften mußte. Einmal wurde der Anfang um 8 Uhr, dann mal um 1/2 Uhr u. s. f. bestimmt und zwar von Seiten des Werkstättenvertrauensmannes Hölle und dem Geschäftsführer Blau. Die Anderen wurden überhaupt nicht gefragt, was ja fast jeder Privatunternehmer thut. Daß der H. u. J. für sich auf diese Art und Weise die besten Einrichtungen trafen in Bezug auf Arbeit und Arbeitszeit, bedarf keiner Erläuterung und ist ja auch Stadtbekannt. Nicht die Verwaltung war der Anrager des Strafsystems, sondern Hölle, wie ich ja von Seiten des Blau erfuhr.

Nun zu dem Rohl, welcher in Bezug auf die „Frankf. Volkstimme“ und den Sozialdemokratischen Verein geschrieben wird. Dies alles ist ja in unserer Vorstandssitzung schon diskutiert worden. Ich bin Postabonnent der „Sächs. Arb.-Ztg.“ und genügt das für mich. Durch Besorgung der Verbandsgeschäfte komme ich jeden Tag in Restaurants, wo ich Gelegenheit bis zum Ueberdruß habe, die „Volkstimme“ zu lesen. Folglich ist das meine Privatangelegenheit, ob ich dieselbe halte oder nicht. Was den Sozialdemokratischen Verein anbetrifft, so habe ich meine Gründe, warum ich bis jetzt nicht eingetreten bin. Die Versicherung gebe ich aber dem H. und J., daß ich schon politisch organisiert war, als alle beide noch unkräftig in Schwabenpolitik machten. Vorläufig kann noch jeder in unserer Gewerkschaft nach seiner Facon selig werden. Mitglieder der sozialdemokratischen Partei müssen sich in Theorie und Praxis bewähren, sonst habe ich keinen Respekt und gelten für mich gleich Null. Neu ist mir, daß die Arbeiter deswegen beim Aufsichtsrath vorstellig wurden. Dies ist wohl nur von Seiten des H. geschehen, ähnlich wie beim Strafsystem, um eine Handhabe zum chikanieren zu haben. Diese Handhabe scheint demnach an dem gesunden Verstand des Aufsichtsrathes gescheitert zu sein.

Der Zweifel an der aufrichtigen Arbeit für den Verband meinerseits spult ja auch nur in den Gehirnen des H. und J.; die Mitgliederversammlung vom 1. November d. J. war bekanntlich über diesen Zweifel erhoben.

In der 49., 50. und 51. Zeile des Eingefandts wird dann erzählt, „daß Mancher (soll heißen H. und J.) den Kollegen (den Frankfurtern) gegenüber seinen Unwillen Ausdruck gab.“ Auf deutsch zu lesen: „Unter meinem Rücken wurde ich schlecht gemacht, daß ich der Himmel verfluchte. Gut, daß dies zugegeben worden ist, bis jetzt hat man mir immer abgestritten, überhaupt von mir gesprochen zu haben. Die Geschichte mit dem Aushilfen ist erwiesen und brauche ich darauf nicht einzugehen. Mit ganz besonders schmerzigen Pathos lassen sie den Schlusssatz vom Stapel. Daß die Herren meinen, verlange ich nicht, daß sie sich aber freuen, denjenigen herauszubringen, der ihnen immer ihr Sündenregister vorhält, dieses weiß ich. Keiner von denjenigen, welche dort gearbeitet, ganz gleich ob er in fester Stelle oder Aushilfe war, wird sich nicht dahin lehnen. In jedem Privatbetriebe ist doch schließlich die Kollegialität und Humanität besser, als unter den Kollegen und in den Räumen der Genossenschaftsbäckerei zu Frankfurt a. M. Bruno Reymann.“

Zur Aufklärung! Auf Wunsch des Kollegen Binder erkläre ich hiermit, daß sich die Worte „etlicher Kollegen“ in dem Frankfurter Versammlungsbericht in Nr. 38 d. Bl. weder auf den Kollegen Binder noch Eisenmenger beziehen, sondern lediglich den Kollegen Hölle und Jesu gegolten haben. Weiter erklärte Kollege Binder, nur auf dieses hin seine Unterschrift gegeben zu haben und zwar in der Vorstandssitzung vom 11. Dez. 1899. B. Reymann. Da nun beide Theile in dieser Sache zu Worte gekommen sind, schließen wir hiermit diese Polemik. Die Redaktion.

**Briefkasten.** Wo hält sich Kollege Anton Unger auf? Ersuche dessen Adresse zu senden an Martin Schnappauf in Nürnberg, Ludwig Feuerbachstraße.

**Achtung! Mitglieder vor! Leipzig und Umgebung!** Seit 1. Dezember hat unsere Mitgliedschaft einen für Meister wie Gesellen unentgeltlichen Arbeitsnachweis eingerichtet. Die Büreaustunden sind Wochentags von 4-6 Uhr und Sonntags Mittags von 11-12 Uhr in der „Flora“, Windmühlenstr. 16. Der Vorstand der Mitgliedschaft Leipzig.

**Achtung! Vorstände der Mitgliedschaften!** Wir erinnern nochmals daran, daß das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag des Vorstandes und Ausschusses betr. die Erhebung von Extrabeiträgen zum Streifonds spätestens bis zum 23. Dezember in Händen des Vorstandes sein muß. Später einlaufende Berichte werden nicht berücksichtigt. Mit Gruß Der Vorstandsvorstand.

**Achtung, Mitgliedschaft Altona!** In der Vorstandssitzung am 3. Dezember wurde einstimmig beschlossen, den arbeitslosen Kollegen zum Weihnachtstfeste eine Unterstützung von 3 Mk. zu verabreichen. Kollegen, welche der hiesigen Mitgliedschaft seit Oktober angehören und das Mitgliedsbuch in Ordnung haben, können sich zum Empfang der Unterstützung, sofern dieselben seit 12. Dezember außer Arbeit sind, am ersten Weihnachtstage, zwischen 12 und 1 Uhr, beim Kassirer B. Meppen melden. Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. J. A. E. Pichl, a. St. Vorsitzender.

Leipzigs grösste und billigste Herren-Moden-Magazine  
**Gebrüder Rockmann,** Inhaber: Gottfr. Hühne.  
Leipzig-Reudnitz, Dresdner-Str. 75. Leipzig, Zeitzer-Str. 24 a. Leipz.-Plagwitz, Carl Heine-Str. 30. Leipzig-Schönefeld, Leipziger-Str. 127.  
Seraat-Abtheilung für feine Maass-Schneiderei.  
Werthen Verbandsmitgliedern gewähren wir 5 pZt. Rabatt.

**Café Wittelsbach.** München. Herzog Wilhelmstraße. München. Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag: **Hauptversammlungsplatz der Bäcker Münchens.**

**Café Ehrlich.** Leipzig. Ratharinenstr. 14. Leipzig. Gemüthlichster Aufenthalt der Bäcker. 5 verschiedene Bäckerzeitungen zur gest. Benutzung. NB. Jeder hier zureisende Verbands-Bäcker-Gehülfe erhält 50 Pf. Reiseunterstützung.

**Mitgliedschaft Altona.** Montag den 25. Dezember (1. Weihnachtstag) **Grosser Ball** unter gütiger Mitwirkung der Liedertafeln „Germania“ n. 1881 u. „Cantonia“ im Lokale des Herrn F. Eckhoff, Große Freiheit 58-60. Zur Aufführung gelangt: **Der Weihnachtstraum eines Bäckergesellen.** Außerdem: Polonaise, Cotillon und Damenwahl. Anfang 6 Uhr. Herrenkarte im Vorverkauf 50 Pfg. Damen frei. Hierzu ladet freundlichst ein **Der Festausschuss.** Karten sind zu haben bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern und dem Festausschuss. [A 5.]

**Gasthaus „In den zwei braunen Hirschen“** Nürnberg, Regensburgerstr. empfiehlt seinen Verbandskollegen **Albert Kettel.**

**Blau's Gast- u. Logirhaus „Zur Wetz“** Kamerun, (Inh. Edmund am Ende) Leipzig, Burgstraße Nr. 17, empfiehlt seine Lokaltäten zur freundlichen Benutzung. Hochfeine Küche, sowie gut gepflegte Stiere und Weine. **Aufmerksame Bedienung.**

**Ruff's Gast- u. Logirhaus** befindet sich **Berlin O., Breslauerstr. 6.** Langjähriger Bäckerverehr. Unentgeltlicher Arbeitsnachweis.

**Versammlungs-Anzeiger.** Bremen. Mitgl.-Vers. Sonntag, den 17. Dezember 3 1/2 Uhr bei Bebel, Ansgariparkstr. 12. Höchst a. M. Öffentliche Versammlung am Sonntag den 17. Dezember im „Vogel Bod“.

Pirmasens. Mitgl.-Vers. am Donnerstag den 28. Dezember im bekannten Lokal. Wiesbaden. Mitgl.-Vers. am Dienstag, den 19. Dezember im Lokale „Drei Könige“, Marktstr. 26. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Gilbel, Frickestr. 4.

Zur Lohnbewegung in Hannover.

Nachdem in unserer letzten Mitgliederversammlung, in welcher dem Antrage des Hauptvorstandes und Ausschusses auf Erhebung der Extrabeiträge zum Streifonds mit 26 Stimmen angenommen war...

Noch vor einem Jahre war es kaum möglich, eine öffentliche Bäckerversammlung abzuhalten, ohne daß die organisierten und nichtorganisierten Gesellen miteinander in heftigen Streit gerieten. Heute sind die Bäcker bereits so weit, daß sie gemeinschaftlich ihre Lage berathen und gemeinsame Schritte einleiten zur Besserung der Verhältnisse...

müsse sich endlich darauf besinnen, seine Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen. Ferling will nicht gerade auf dem alten Standpunkte stehen bleiben, aber er müsse doch sagen: Jeder sei sich selbst der Nächste...

Fort mit Kost und Logis beim Arbeitgeber!

n. Wie oft wurden schon Anträge und Resolutionen einstimmig angenommen, aber nicht über nur zum Theil eingehalten, so erging es auch der Resolution betreffs Abschaffung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber...

Ganz anders war es in Würzburg und Wiesbaden, für welche die Resolution ihrer Ansicht nach gar nicht bestand, oder weil es keine Großstädte sind, nicht eingehalten wurde...

Was bedeutet für uns eine prozentuale Lohnerhöhung (siehe Würzburg und Wiesbaden), wenn ein Theil des Verdienstes noch in Naturalien verabreicht wird? Ist der Arbeitgeber nicht ein von Borntheit ganz durchdrungener Pöpel...

In Nr. 32 der „D. Bäckerzeitung“ war ein Artikel „Nieder mit der Nacharbeit.“ Alle organisierten Kollegen werden gewiß mit diesen Sätzen einverstanden sein...

beseitigt haben, ehe wir die Abschaffung der Nacharbeit fordern, haben wir aber Kost und Logis beim Meister beseitigt, kommen die Kollegen mit anderen Arbeitern...

Aus diesen Gesichtspunkten erfordert es die Taktik, daß wir uns mit aktuellen Fragen zu beschäftigen haben und nicht nach entfernten Zielen streben, für die wir absolut nicht vorbereitet sind...

Wo kommen wir hin, wenn wir Ende des 19. oder Anfang des 20. Jahrhunderts Forderungen stellen, wie die Würzburger und Wiesbadener, wenn wir so fort machen würden...

Einen Besuch in der dänischen Genossenschaftsbäckerei

schildert Genosse E. Eichhorn in der „Arb.-Ztg.“ wie folgt: Vor etwa 10 Jahren herrschte in Kopenhagen wieder einmal eine recht drückende Brothuerung...

Anfangs hat die Genossenschaft, wie wohl alle derartigen Gründungen, sich mühselig behelfen müssen, aber eine gute Geschäftsleitung, verbunden mit dem Bedürfnisse nach billigem und gutem Brote, hat sie bald zu glänzender Entwicklung gebracht...

mieden. Und um unter allen Umständen die Gesundheit der Arbeiter nicht durch Staub zu gefährden, ist obendrein ein Staubfänger aufgestellt, der die unreine Luft auffängt. — Es ist befähigt ein Lager von 400—500 Tonnen Getreide und Mehl vorhanden.

Von der Mühle in der ersten Etage wandert das Mehl in die Bäckerei im Parterre. Auch hier wieder die vorzüglichsten Einrichtungen. Die anstrengende Tätigkeit des Auswühlens, bei der sonst mancher Schweißtropfen in den Teig fallen mag, wird hier von einer Wirtmaschine befreit, die große Reiblichkeit mit unseren Thonmahlen hat. Da da geht der zubereitete Teig in eine kleinere Mühle und von hier tritt er durch einen Kanal schon wie die Brote geläutert zu Tage. Dadurch wird auch das Abwägen des Teiges, das die gefornete Waage einfach mit einem nach Maß verstellbaren Messer abgelesen. Direkt hinter diesen Teigverteilungs-Einrichtungen befinden sich die vier Backöfen. Jeder nimmt 250 Brote auf, so daß auf einen „Schub“ 1000 Brote gebacken werden können. Außer dem schon erwähnten beiden Brotforten wird ein feines Weizenbrot gebacken.

Wir verlassen die saubere Backstube mit dem anschließenden Vorkammer und wenden uns den Maschinenräumen zu. Mühle und Bäckerei wird mit Dampf betrieben; eine Dampfmaschine von 35 Pferdestärken spendete früher die Kraft, jetzt ist sie zur Reserve übergetreten und eine fast neue 100pferdige Maschine — ein kostbarer Schatz und er wird auch gehalten wie ein Schatz — ist an ihre Stelle getreten. Die Maschinenstube gleicht einem Salon. Gefällige Fußböden und geschliffene Holzbede und alles so spiegelblank. Zwei Dampfkessel, einer zur Reserve, sorgen für die Speisung der Dampfmaschine.

Wir wenden uns über den Hof den Pferdeställen zu. 20 Pferde besitzt die Genossenschaft, der Stall ist aber für eine größere Anzahl eingerichtet. Was hier wieder auffällig ist die große Sauberkeit, man wohnt sich in einem köstlichen Stall, wo in der Regel die Pferde höher gehalten werden wie die Menschen. Sogar ein Krankenstall ist vorhanden, in dem sich gerade ein Patient befand. So die Pferde so gut behandelt werden, dürfen natürlich auch die Arbeiter nicht leiden. Die Bäckerei- und Mühlenarbeiter arbeiten in achtstündiger Schicht; es ist eine Bedenken, und schöne zweckmäßige Wascheinrichtungen vorhanden. Jeder Arbeiter hat einen verschließbaren Garderobenschrank. Der Mindestlohn beträgt 25 Kronen pro Woche. 42 Arbeiter sind im Ganzen in der Genossenschaft beschäftigt.

Das über die Mühle und Bäckerei. Die Genossenschaft hat vor etwa drei Monaten nun auch noch eine Fleischererei errichtet. Das Vieh wird in Jütland eingekauft, im köstlichen Schlachthof geschlachtet und dann in dem geschmackvollen Laden am Adrebrorndt verkauft. Gute Rühlanlagen und hübsche bequeme Räumlichkeiten für das Personal sind hier besonders zu erwähnen. Dem Verkäufer ist ein Geschäft und eine Kaffeebar beigegeben. Trotzdem das Geschäft erst seit der kurzen Zeit besteht, wird doch ein Wochenumsatz von 3500 Kronen erzielt. In der Bäckerei wurde in sechs Monaten für 490 666 Kronen Brot gebacken. In nicht weniger als 400 Verkaufsstellen wird Genossenschaftsbrot geliefert. Die Genossenschaft hat nach dem letzten Geschäftsabschluss Aktien in Höhe von 370 649 Kronen, denen eine Schuldsomme von nur 189 629 Kronen gegenübersteht, so daß ein wirkliches Vermögen von 181 020 Kronen vorhanden ist. Unter diesem Vermögen befindet sich ein mächtiges Grundstück, 16 000 qm, das früher für den billigen Preis von 75 000 Kronen gekauft wurde und beständig an Wert steigt. Jetzt plant man eine Genossenschaftsbrauerei und weitere Einrichtungen, die Kopenhagens Arbeitern billige Nahrungsmittel gewähren sollen.

### Gewerkschaftliches.

**Aus Birmasens.** Kaum ins Leben getreten, sucht man den hier neugegründeten Verband deutscher Bäcker an seinem Fortbestehen zu untergraben. So erließ der ehemalige Bäckemeister jetzt Bäckergeselle Hans Eberhardt einen Aufruf zur Gründung eines Bäckervereins nicht organisierter Bäcker (der hier beständige August-Bäckerverein ist dank seiner prompten Führung mit Hinterlassung eines bedeutenden Kassendefizits verfallen), welchem auch einige junge Bäckergesellen folgten. Zweck des Vereins ist Abhaltung von Festlichkeiten, wie Christbescherung, Bälle usw. Schon der Aufruf charakterisiert den Einberufer, wie wenig derselbe von der modernen Arbeiterbewegung befaßt ist, wie wenig Intelligenz und Anschauung derselbe besitzt, um gegen einen das Wohl seiner Kollegen fördernden Verband auf diese Art und Weise zu arbeiten. So arbeiten Arbeiter gegen ihre eigenen Interessen! Anstatt als älterer Arbeiter diesen jungen Bäckergesellen ein energisches Wort entgegenzurufen und dieselben auf die Vortheile und Ziele, die der Verband seinen Mitgliedern bietet, aufmerksam zu machen, stellt sich gen. Kollege (leider müßte wir denselben „Kollege“ nennen) an die Spitze dieses Vereins. Hiermit sei alles gesagt. Hat doch das Bäckergerwerbe so manche Schattenseiten. Und wer hat schon so manche derselben aufgedeckt und beseitigt? Als Antwort dient auch dem Verein nichtorganisierter Bäcker: Der deutsche Bäckerverband! Endlich sind auch hier in Birmasens die Bäckergesellen zu der Erkenntnis gekommen, daß man um etwas zu erlangen, sich dem großen Ganzen anschließen muß. Wir rufen deshalb allen Kollegen, welche dem Verband noch fernstehen, zu, sich keinem Luxusverein anzuschließen, sondern ihr Wohl im Auge zu behalten und sich dem Verband deutscher Bäcker anzuschließen.

Er sollte gern in die „Arbeiter-Zeitung“, nämlich der Bäckemeister Klaar in Gittersee (Hl. Grund bei Dresden). Dazu sollte sich bald Gelegenheit bieten, denn vor kurzem schrieb die „Arbeiter-Zeitung“:

Der Bäckemeister Wilhelm Klaar hierseit ist seit besonderen Grund zu haben, die von den organisierter Bäckern eingeleiteten statistischen Aufnahmen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Bäckergerwerbe über die daselbst bestehenden Verhältnisse zu hindern, daß er herrschenden Verhältnisse dadurch zu hindern, daß er seinem Gesellen die Fragebogen wegnahm. Der schandige Bäckemeister wird dadurch nicht verhindert, daß die Bäckervereinigung dennoch erfährt, was sie über die bei Klaar bestehenden Verhältnisse wissen will, er dürfte vielmehr nur dem Strafgericht Veranlassung gegeben haben, zu erwägen, ob seine Handlungsweise sich mit dem Paragraphen des Strafgesetzbuches über Unterschlagung vereinbaren läßt. Der Herr scheint sich überhaupt sehr beunruhigt zu fühlen über die Tätigkeit der organisierter Bäckergesellen. Einem Gesellen gegenüber erklärte er schon einmal: „Mir ist es ganz gleich, ob sie mich in die „Arbeiter-Zeitung“ setzen lassen, dann mache

ich erst Geschäfte.“ Das ist ein sicheres Zeichen dafür, wie sehr der Herr die Veröffentlichung der bei ihm herrschenden Zustände zu fürchten hat. Uebrigens kann er noch Gelegenheit bekommen, zu erproben, welche Geschäfte er noch machen dürfte, wenn einmal die Verhältnisse in seiner Bäckerei und die Art, wie er die Gesellen behandelt, öffentlich klargestellt würden.

Nun scheint das aber nicht eingetroffen zu sein, was der Herr vermutete, nämlich das „Geschäftemachen“, nachdem seine unbilligen Verhältnisse öffentlich bekannt gegeben waren! Denn am 27. November bekam der Kollege G. bereits von ihm den Fragebogen per Brief zugesandt, darauf am 30. November einen zweiten Brief, worin der Meister ihm androhte, ihn wegen „Geschäftemachen“ abzugeben zu wollen. Kollege G. ließ sich dadurch nicht einschüchtern und so kam denn am 1. Dezember der Herr Klaar selbst zu ihm und erzwang ihn ziemlich kleinlaut, die Notiz in der „Arbeiter-Zeitung“ zu widerrufen. Unser Kollege ging natürlich auf dieses Ansuchen nicht ein, weil das, was dort berichtet, der Wahrheit entspricht und kann man nun gespannt darauf sein, ob der Meister nun Klage gegen die „Arbeiter-Zeitung“ einreicht!

**Bäckerparadies.** Seitdem unser Verband in den letzten Jahren eine namenswerthe Ausbreitung gewonnen hat, werden wir fortwährend mit Klagen einzelner Verbandsmitglieder über große Uebelstände in den Bäckereien bombardiert, so daß es gar nicht möglich ist, alle diese Schilderungen der skandalösesten Zustände, Schweinereien à la Würzburg, im Fachblatt zu erwähnen. Nur einzelne besonders drastische Fälle anzuführen, steht uns der Platz zur Verfügung. Diese Klagen kommen aber hauptsächlich aus kleineren Orten, wohin mal zufällig ein Verbandsmitglied gerät, und wo bisher noch keine Spur von Organisation vorhanden war. Gerade aus den thüringischen Mittel- und Kleinstädten, wie überhaupt aus den Orten Mitteldeutschlands, treffen Schilderungen über himmelschreiende Bäckereimißstände fortwährend ein, so daß man unbedingt annehmen muß, dort, wo die Beihilfsjücker noch in so großer Stärke steht und woher die zu Gehilfen gewordenen jungen Leute alljährlich in so großen Scharen nach Leipzig, Magdeburg, Berlin, Hannover und Hamburg ziehen, herrschen noch die größten sanitären Uebelstände in den Bäckereien. Dort kümmert sich kein Mensch und keine Behörde um die Einhaltung der Sonntagsruhe und des Maximal-Arbeitstages, und die Gehilfen- und Beihilfsausbeutung wird von den Innungspräsen in schrankenloser Weise getrieben. So schildert uns heute wieder ein Mitglied seine Ergebnisse in folgendem: „Ich arbeite seit dem 12. Oktober in der Brodfabrik von W. Jerichow in Grinderode bei Nordhausen. Die Arbeitszeit dauert dort mehrere Tage in der Woche 13—17 Stunden; am Freitag und Sonnabend jeder Woche wird nicht einmal die gesetzlich festgelegte achtstündige Ruhepause eingehalten, denn da giebt es nur 2—5 Stunden zum Schlafen. (Das ist ja eine unerhörte Schinderei, welche auf die Dauer kein Mensch aushalten kann, und Zeit würde es, das dagegen die Behörden einmal energisch vorgingen. Die Neb.). Das Essen muß man während der Arbeitszeit im vollen Laufen verschlingen, denn Pausen giebt nicht. Wir sind drei Gehilfen, da aber Herr J. in der ganzen Umgegend Gehilfen nicht bekommt und der Gehilfenwechsel hier groß ist, müssen wir oft mit zwei Mann die Arbeit, an der sonst drei genug zu schaffen haben, verrichten. Macht man Herrn J. auf diese Schinderei aufmerksam, so antwortet er empört: „Das ist hier nicht anders einzurichten; wenn das nicht paßt, der muß sich andere Arbeit suchen.“ Auf der Kalendertafel ist noch an keinem Tage in diesem Jahre Ueberarbeit vermerkt, auch kein Revisionsvermerk darauf zu finden. Auch die Bezahlung läßt sehr viel zu wünschen übrig, und noch viel schlimmer ist es mit den Betten bestellt. Bei dem häufigen Gehilfenwechsel klappen dieselben vor Schmutz und jeder neu einsetzende Kollege muß seine mühen Knochen in diesem schmutzigen Bett ausruhen. Ich glaube nicht, daß in einem Vierteljahr diese „Betten“ schon jemals mit frischer Wäsche versehen sind. Es wird die höchste Zeit, daß Herr J. dem Publikum warm empfohlen wird, denn auf gütlichem Wege läßt er sich zu keiner Aenderung herbei.“ Die Schilderung dieser Zustände zeigt so recht, wie es in jenen Betrieben, wo der Arbeitgeber die Kontrolle organisierter Kollegen nicht zu fürchten braucht, ausfällt. Es ist nur ein Beispiel von so vielen, denn vielmehr lassen sich aus Nordhausen und den benachbarten Städten ähnliche Zustände anführen, was Jeder bestätigen muß, der in jener Gegend gearbeitet hat. Zeit, höchste Zeit wird es für die dort beschäftigten Kollegen, sich zu organisieren und mit diesen vorfindlichen Zuständen aufzuräumen!

**Aus Hamburg.** Fast in jeder Nummer d. Bl. könnten wir über Kämpfe mit einzelnen Bäckemeistern berichten. Dieselben sind bis jetzt mit einer einzigen Ausnahme, wo es noch zur Sperre wegen des wortbrüchigen Meisters kommen wird, zu unseren Gunsten beendet. Immer deutlicher zeigt sich dabei, daß die Meister, welche schon einmal den Boykott zu kosten bekommen haben, keine Lust verspüren, denselben zum zweiten Male über ihr Geschäft verhängen zu lassen. Die nun wieder eingeführte Bezirksorganisation bewährt sich dabei gut; im November wurden 50 Kollegen in den Bezirksversammlungen aufgenommen. Es zeigt sich überall, daß Gegner des Verbandes fast nirgends in den Bäckereien mehr vorhanden sind, oder aber sie sind zu feige, sich in den Versammlungen blicken zu lassen. Mehr und mehr ist auch die Fühlung mit den Kollegen in den nichtbewilligten Bäckereien wieder hergestellt. Erfordert auch die Bezirksorganisation eine Menge Arbeit, denn in 9 Bezirken sollen regelmäßig Versammlungen stattfinden, in jedem Bezirk muß ein Obmann, sowie zwei Hilfskassierer: einer für die Grob-, einer für die Weiskäcker-Mitgliedschaft, gewählt werden, welche alle erst in Sitzungen in ihre Geschäfte eingeweiht werden müssen, so geht doch Jeder freudig an die Arbeit, weil er den Erfolg stets vor Augen sieht. Jetzt erfährt man auch noch so Manches über die Wirrungen des Streiks und des Boykotts. So mancher dieser Proben ist froh gewesen, wenn er sein ruinirtes Geschäft für einen Spottpreis hat beschlagen können. Ein Meister, der vor dem Streik vier Gehilfen beschäftigte, bewilligte im November und erklärte dabei, daß er jetzt leider nur noch einen Gesellen beschäftigen könne. Daneben zeigt sich immer mehr, daß dort, wo tüchtige Mitglieder arbeiten, dieselben nicht nur im Stande sind, die erlangenen Vortheile festzuhalten, sondern sich immer neue Verbesserungen erkämpfen. In der Bäckerei von P. arbeiten 5 Grob- und 3 Weiskäcker; letztere blieben den Zureden der ersteren 5 Verbandskollegen gegenüber taub und wollten sich absolut dem Verbanne nicht anschließen, bis die fünf dem Meister schließlich einmütig erklärten: „Mit organisierter Kollegen arbeiten wir nicht mehr zusammen.“ Das half. Der Meister zeigte Luft, eher die drei Kollegen, welche sich dem Verbanne nicht anschließen wollten, zu entlassen, als die 5 Verbandsmitglieder, und so ließen sich denn die drei

Mann, als sie merkten, daß die Sache für sie „schief gehen“ könnte, schleunigst in den Verband aufnehmen. Nun wird der Wunsch des Meisters, Ruhe und Frieden in seinem Betriebe zu haben, erfüllt sein.

**Aus Berlin** wird uns geschrieben: „Der Anfang müßte eigentlich heißen: Die Rage läßt das Mäusen nicht! Nämlich der Kollege Bisenthal erzählte mir am 8. Dezember in Gegenwart des Kollegen Bräuer, daß er im August dieses Jahres dem Sprechmeister Volke M. 6 für eine Werkmeister-Arbeit (nach Bäckemeister-Poley in Briß) gegeben hat. Der Herr Volke war bekanntlich früher Kommissionsrat, oder deutsch Seelenverkäufer. Als solcher konnte und durfte er wohl solche Preise für Arbeiten nehmen. Aber als Innungs-Sprechmeister ist es ihm direkt verboten, da er doch seine fest vorgeschriebene Tage hat. Aber wie schon erwähnt, die Rage läßt das Mäusen nicht.“ Und solche Zustände nennt die Innung „geregeltes Sprechen“. Einer muß ein halbes Jahr laufen, ehe er Arbeit bekommt, und der Andere kommt außer Arbeit und geht gleich wieder in Arbeit, natürlich muß er „Lademann und Söhne“ machen können. Dieses bloß ein einzelner Fall, wer weiß, was noch alles im Geheimen geschieht wird, was gar nicht aus Tageslicht kommt.

Rarl Kraunns.

**Eine lausige Versicherung** — unter dieser Epithete erschien in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 28. April ein Artikel, der sich mit einer Versicherung beschäftigte, die der Vorstand der Leipziger Bäckervereinigung mit einem Herrn Zucht gegen Ungeziefer abgeschlossen hatte. Der Artikel war wörtlich der nationalsozialen Hülse in Berlin mit Quellenangabe entnommen. Die Beleidigung wurde namentlich in der Stichmarke: „Eine lausige Versicherung“ und in der Bemerkung: „Pfui, welche Schmutzerei!“ erblickt. Angeklagt war Redakteur Jüge. Vor Eintritt in die Verhandlung machte der Beschuldigte durch sein Ansehen, daß nicht er, sondern sein Kollege Pollender verantwortlicher Redakteur der betreffenden Nummer sei und seine Person deshalb gar nicht in Frage kommen könne. Die Wichtigkeit dieser Behauptung ergab sich aus der vom Beschuldigten dem Gericht überreichten Zeitungsnnummer. Herr Amtsrat Winkler, der Vorsitzende, meinte, es sei nicht anständig, daß Jüge nicht früher mit dieser Erklärung hervorgetreten sei, welchem Einwand Jüge damit begegnete, daß er keine Veranlassung gehabt habe, die Kläger auf ihren Irrthum aufmerksam zu machen, die Unterlassung der Erklärung sich übrigens auch daraus rechtfertige, daß vor dem Friedensrichter die betr. Zeitungsnnummer nicht vorgelegt werden konnte, der Sachverhalt sich aber auch erst später herausgestellt habe, da er seit Anfang Mai verantwortlich zeichne und selbst der Meinung gewesen sei, daß er verantwortlicher Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ ist. Der Rechtsanwalt Leo, der Vertreter der Privatkläger, der Herren Bäckereimeister Simon und Troitsch, die als Vorstandsmitglieder der Innung klagten, meinte, wenn Jüge nach dieser Sachlage auch nicht als Thäter herangezogen werden könnte, so sei doch aus Gründen der Anständigkeit angebracht, wenn die Sache im Wege des Vergleichs aus der Welt geschafft werde, da er ja doch Redakteur und es gleichgültig wäre, ob gegen Jüge oder Pollender verhandelt werde. Herr Rechtsanwalt Leo wies dann darauf hin, daß der Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, Nakutt, wegen der Sache zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt sei, während mit dem Redakteur der „Hülse“ ein Vergleich zu Stande gekommen sei, nach dem dieser sich zu einer Buße von 100 Mk. verpflichtet und eine Erklärung des Inhalts aufnimmt, daß er die Leipziger Bäckereimeister nicht habe beleidigen wollen und die Versicherung sich insofern anders als in dem inkriminirten Artikel der „Hülse“ darstelle, als die Versicherung sich nur gegen Ruffen und Schwaben und nicht gegen Jüge und Läuse richte. Die Versicherung habe also nur den Zweck, der Reinlichkeit zu dienen. Jüge erklärte gegenüber dieser Darstellung, er könne sich aus prinzipiellen Gründen zu nichts verpflichten, da er sonst eine Handhabe geben würde, eine wichtige Bestimmung über die Presse zu deren Nachtheil zu handhaben. Er könne sich nur außergerichtlich zu irgend welchem Zugeständniß, daß auf einer Klarstellung des Falles in der „Volkszeitung“ hineinlassen. Das Gericht erklärte schließlich, daß nach den klaren Bestimmungen des Preßgesetzes nur der verantwortliche Redakteur für den Inhalt eines Blattes verantwortlich gemacht werden könne, deshalb das Verfahren einzustellen und dem Kläger die Kosten aufzuerlegen seien.

**Backstubegeheimnisse einer Kleinstadt.** Vor einigen Wochen hatte Kollege K. das Pech, als Zugereister in Berlin eine Stellung nach auswärts anzunehmen. Nicht genug damit, daß der Ort dreiviertel Stunden von der Bahn abliegt, ist er auch noch der einzige Kollege in Wend-Buchholz. Nur dem Umstande, daß er seine Grillen im Leben vertreibt, hat er es zu verdanken, sich den dortigen Verhältnissen einigermaßen anzupassen. Aber wie diese sind, schildert er in folgendem: Gleich in den ersten Tagen bemerkte ich, daß die Bundesratsverordnung mit der dazu gehörigen Kalendertafel fehlte. Ich unterließ es auch nicht, meinem Meister Bähr eine diesbezügliche Frage zu stellen, worauf ich die famose Antwort erhielt, die Kinder hätten beides „verräumt“. Die Bestätigung dieser Antwort ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Im Voraus sei noch bemerkt, daß bei kalter Witterung die warme Backstube zu Wohnungszwecken benutzt wird. Wie es da in der Backstube, wenn sich 6 Kinder herumtummeln, aussieht, möge der drehrichtige Leser aus folgendem Bilde erkennen: Neben einem Geschrei, bei welchem man sich in der druckhaften Urwald verfehlt glaubt, rutschen die Jungen, Morgens bloß mit einem Tricot bekleidet, auf den Backtrögen umher. Diese Szenen dehnen sich, auch in angeleitetem Zustande, bis in den späten Abend aus und am Schlusse steht es aus wie im Schwedenkriege. Die Backstube, besonders die Trogedel, sind mit Mauerwerk, Papierfenster, Holz und Glascherben besät. Kollege K. fand diesen Umständen entsprechenden Glascherben im Teig vor, ja sogar ein Kunde brachte so ein gefährliches Frühstückbrod zur Ansicht zurück. Kinderwindeln, à la Scharnberger“ füllen auch hier ihren angenehmen Platz am Dien aus. Backtröge modernster Art bekommt hier der Besucher zu Gesicht: der Boden ist schlecht, die Fugen auseinandergeborsten, aber zur Zeit mit vermoderten Teigkrusten verkrustet, welche beim Zugreifen aufweichen und so trotz größter Vorsicht in den Teig gerathen. Auch Koffi und Cognis lassen zu wünschen übrig und ist zuweilen „Sammelhans Küchenmeister“. Trotz dieser herrschenden Zustände, die fast in jeder Bäckerei mehr oder weniger vorkommen, protestiren diese Innungsapostel gegen Bäckerei-Verordnungen, wie sie z. Bt. in Hamburg, Lübeck, Weimar und Gera bestehen, damit ja ihr Profit nicht geschmälert wird. Vielleicht werden noch maßgebende Stellen ihrem Geizer Gehör schenken und Verordnungen ausfindig machen, die dem Consumenten vorschreiben, wie seine Speiseföhre und sein Magen beschaffen sein muß, um Glascherben, Schwaben und dergl. mehr verzehren zu können. Dann wäre allerdings ein Stück Kulturarbeit (!) nach dem Wunsche der Herren vom Backtrög geliefert.